



Stenografischer Bericht

76. Sitzung

Freitag, 21. Juni 2019,

Magdeburg, Landtagsgebäude

Inhalt:

Eröffnung..... 3

Tagesordnungspunkt 1

Erste Beratung

Entwurf eines Gesetzes „Grünes Band der Erinnerung Sachsen-Anhalt vom Todesstreifen zur Lebenslinie“ (Grünes-Band-Gesetz Sachsen-Anhalt - GBG-LSA)

Gesetzentwurf Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - **Drs. 7/4507**

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie)..... 3
Hannes Loth (AfD)..... 5
Jürgen Barth (SPD) 6
Hendrik Lange (DIE LINKE) 7

Bernhard Daldrup (CDU) 7
Cornelia Lüddemann (GRÜNE) 8
Uwe Harms (CDU)..... 10
Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur) 11
Abstimmung..... 12

Tagesordnungspunkt 2

Erste Beratung

Dem Lehrermangel wirksam begegnen - Belastungen der Lehrkräfte senken!

Antrag Fraktion DIE LINKE - **Drs. 7/4487**

Thomas Lippmann (DIE LINKE) 12
Marco Tullner (Minister für Bildung) 14
Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (SPD) 16

Jan Wenzel Schmidt (AfD).....	16
Wolfgang Aldag (GRÜNE)	17
Angela Gorr (CDU)	18
Thomas Lippmann (DIE LINKE)	18
Jens Diederichs (CDU)	19
Thomas Lippmann (DIE LINKE)	19
Abstimmung.....	20

Tagesordnungspunkt 3

Erste Beratung

Beschluss umsetzen! Konzept zur künftigen Gestaltung von Förderschulen

Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs.
7/4493

Monika Hohmann (DIE LINKE).....	20
Angela Gorr (CDU)	22
Monika Hohmann (DIE LINKE)	22
Angela Gorr (CDU)	22
Monika Hohmann (DIE LINKE)	23
Siegfried Borgwardt (CDU)	23
Monika Hohmann (DIE LINKE)	23
Abstimmung	23

Erklärung außerhalb der Tagesordnung gemäß § 68 GO.LT

Florian Philipp (CDU)	24
-----------------------------	----

Schlussbemerkungen.....	24
--------------------------------	-----------

Beginn: 9:04 Uhr.

Eröffnung

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir wollen mit unserer heutigen Sitzung beginnen.

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Auch Frau Ministerin, bitte, auf die Regierungsbank.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hiermit eröffne ich die 76. Sitzung des Landtages von Sachsen-Anhalt der siebenten Wahlperiode und begrüße Sie auf das Herzlichste.

Ich stelle die Beschlussfähigkeit des Hohen Hauses fest.

Entschuldigungen von Mitgliedern der Landesregierung liegen mir wie folgt vor: Herr Ministerpräsident Dr. Haseloff und Herr Minister Prof. Dr. Willingmann sind heute ganztägig aufgrund der Teilnahme an der Strategiekonferenz zum Strukturwandel mit EU-Kommissar Oettinger und dem Chef des Bundeskanzleramtes Prof. Dr. Braun in Leuna entschuldigt.

Bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, habe ich heute die ehrenvolle Aufgabe, einige Gäste bei uns begrüßen zu dürfen. Ich beginne links auf der Südtribüne; dort sitzen der ehemalige Minister Manfred Püchel, der überall noch bekannt ist, sowie Herr Engel. Außerdem sitzen dort oben Herr Dr. Karl-Heinz Daehre, auch ehemaliger Minister, und Benno Schmidt; jeder weiß natürlich, dass es der Brocken-Benno ist. - Entschuldigung, dass ich das so sage. - Herzlich willkommen hier bei uns im Landtag!

(Beifall im ganzen Hause)

Ich freue mich. Sie sind extra anlässlich unseres heutigen Tagesordnungspunktes „Grünes Band“ zu uns gekommen, ebenfalls die Kuratoriumsmitglieder. Deswegen begrüße ich Sie auf das Allerherzlichste hier bei uns im Hohen Hause.

Meine Damen und Herren! Wir werden somit in die Tagesordnung einsteigen. Die Tagesordnung für die 36. Sitzungsperiode des Landtages liegt Ihnen vor. Gibt es hierzu Bemerkungen oder Anregungen? - Das sehe ich nicht. Dann können wir so verfahren, wie uns die Tagesordnung vorliegt.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 1

Erste Beratung

Entwurf eines Gesetzes „Grünes Band der Erinnerung Sachsen-Anhalt vom Todesstrei-

fen zur Lebenslinie“ (Grünes-Band-Gesetz Sachsen-Anhalt - GBG-LSA)

Gesetzentwurf Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drs. 7/4507

Die Initianten haben auf eine Einbringungsrede verzichtet. Die Fraktionen haben sich verständigt, sogleich in die vereinbarte Fünfminutendebatte mit dem Redebeitrag von Ministerin Frau Prof. Dr. Dalbert einzusteigen. Zum Abschluss der Debatte wird Herr Minister Robra das Wort ergreifen.

Damit hat Frau Ministerin - sie steht schon bereit - für die Landesregierung das Wort.

Prof. Dr. Claudia Dalbert (Ministerin für Umwelt, Landwirtschaft und Energie):

Danke, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich, dass wir heute mit dem von den regierungstragenden Fraktionen eingebrachten Gesetzentwurf den ersten Schritt tun, eine zentrale Vereinbarung unseres Koalitionsvertrages umzusetzen.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Wir sichern das Grüne Band per Gesetz als nationales Naturmonument.

1 400 km lang zog sich einst die innerdeutsche Grenze von Nord nach Süd, mitten durch Deutschland. Ein Viertel davon, genau 343 km, verläuft entlang des heutigen Sachsen-Anhalts. Das ist nach Thüringen mit 763 km der längste Teil.

Dieser ehemalige Todesstreifen teilte in menschenverachtender Weise Deutschland und auch ganz Europa. Er war Symbol des Kalten Krieges, an dem sich die hochgerüsteten Weltmächte in vorderster Front gegenüberstanden. Er war Ergebnis des von Nazi-Deutschland ausgehenden barbarischen Zweiten Weltkrieges.

Es ist dem Mut der Bürgerrechts- und Friedensbewegung, der Umweltbewegung und den Tausenden von Bürgerinnen und Bürgern der DDR, die damals auf die Straße gingen, zu verdanken, dass diese Grenze 1989 geöffnet wurde.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU, bei der LINKEN und bei der SPD)

Die friedliche Revolution fand ein friedliches Ende. Wir wissen heute, dass das nicht selbstverständlich war.

Heute, 30 Jahre nach dem Mauerfall, erinnern wir uns wieder sehr eindringlich an die Friedensdemos und die Rufe nach Freiheit und Öffnung der Grenze im Herbst 1989. Es ist jetzt der richtige Zeitpunkt, um dem Grünen Band auch bei uns

den hohen Schutzstatus des nationalen Naturmonuments zu verleihen.

(Zustimmung von Sebastian Striegel, GRÜNE)

Zunächst möchte ich nochmals allen Beteiligten danken, die dieses Vorhaben vorbereitet und begleitet haben. Die Regierungsfractionen haben darauf hingewirkt, dass die verschiedensten Interessen in dem Gesetzentwurf Berücksichtigung fanden. Wir werden alle gemeinsam alles daran setzen, die Ausweisung bis zum 30. Jahrestag des Mauerfalls am 9. November dieses Jahres abzuschließen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung von Siegfried Borgwardt, CDU)

Auf dem menschenverachtenden Grenzstreifen, dem Todesstreifen, haben sich heute wertvolle Lebensräume entwickelt. Heute finden wir dort eine Lebenslinie. 37 bestehende naturschutzrechtliche Schutzgebiete mit den verschiedensten Schutzzwecken befinden sich im Grünen Band. Die Vielfalt ihrer Lebensräume spiegelt die Vielfalt der darin beheimateten Arten wider.

Mit dem nationalen Naturmonument sichern wir den Erhalt dieser ökologisch wertvollen Lebensräume. Aber gleichzeitig verhindern wir mit dem nationalen Naturmonument den fortschreitenden Rückbau und die Zerstörung noch vorhandener Grenzrelikte. Diese wollen wir bewahren, um die Erinnerung lebendig zu halten, dass diese Grenze friedlich überwunden werden konnte, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung von Silke Schindler, SPD)

Das bewährte und umfangreich abgestimmte thüringische Gesetz stellt für den heute eingebrachten Gesetzentwurf eine solide Arbeitsbasis dar. Für die Anpassungen an die Anforderungen in Sachsen-Anhalt wurden mit den Gemeinden in den Umweltausschüssen der Landkreise und mit den Vertretern landwirtschaftlicher Verbände zahlreiche Gespräche geführt. Darüber hinaus fand ein ressortübergreifender Austausch mit den betroffenen Ministerien, nachgeordneten Behörden sowie den Akteuren der Erinnerungskultur statt.

Begleitet wurde das Verfahren zudem intensiv durch das vom Ministerpräsidenten berufene Kuratorium „Naturmonument Sachsen-Anhalt“, dessen Mitglieder die beiden Minister a. D. Dr. Daehe und Dr. Püchel sowie die ehemaligen Landtagsabgeordneten Ulrich-Karl Engel und Prof. Breitenborn sind. Ich danke an dieser Stelle ausdrücklich für die geleistete Unterstützung.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU, bei der LINKEN und bei der SPD)

Natürlich freue ich mich auch, dass Benno Schmidt, Brocken-Benno, als Botschafter des Grünen Bandes das Verfahren weiter mit begleitet. Herzlichen Dank auch dafür.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU, bei der LINKEN und bei der SPD)

Durch dieses transparente Verfahren und die Einbindung verschiedenster Akteure konnten bereits im Vorfeld viele Bedenken ausgeräumt werden.

Mit dem Gesetz bleibt natürlich land- und forstwirtschaftliche Nutzung möglich. Lediglich die Möglichkeit der Intensivierung der Flächennutzung im nationalen Naturmonument ist eingeschränkt.

Um es klarzustellen: Es wird keine Enteignung von Flächeneigentümern im Zuge der Ausweisung des Grünen Bandes geben. Das wäre rechtlich auch überhaupt nicht zulässig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU, bei der LINKEN und bei der SPD)

Und die Umsetzung von Entwicklungsmaßnahmen kann nur mit Zustimmung der Eigentümer und Eigentümerinnen und der Nutzungsberechtigten stattfinden.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU, bei der LINKEN und bei der SPD)

Eigenart und zugleich Schutzzweck des Grünen Bandes ist neben landeskundlicher wissenschaftlicher und historischer Aspekte zugleich auch seine naturschutzfachliche Verbundfunktion. Zu diesem Verbund zählen alle Flächen entlang des Grünen Bandes, die entweder mit einem strengeren naturschutzrechtlichen Schutzstatus belegt sind, also Nationalparks, Naturschutzgebiete, Natura-2000-Gebiete, Biosphärenreservate, oder die in Landschaftsschutzgebieten liegen oder die mit Blick auf die forst- oder landwirtschaftliche Nutzung bereits naturschutzorientiert bewirtschaftet werden.

Nachrangige Flächen, also die sogenannten Lücken, umfassen danach lediglich 7 % der Fläche. In Bezug auf das Ackerland sind es sogar nur maximal 3 % der Fläche, die außerhalb von Schutzgebieten liegen und zugleich in privater Hand sind.

Meine Damen und Herren! Seien wir uns der Verantwortung gegenüber den zukünftigen Generationen und der Achtung der Opfer des DDR-Regimes bewusst. Lassen Sie uns das Vorhaben bis zum 30. Jahrestag der friedlichen Revolution in diesem Herbst gemeinsam umsetzen. Ich zähle hierfür auf Ihre breite Unterstützung.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Ministerin. Ich sehe keine Fragen. - Somit steigen wir in die Fünfminutendebatte der Fraktionen ein. Der erste Debattenredner wird für die AfD-Fraktion der Abg. Herr Loth sein. Sie haben das Wort. Bitte.

Hannes Loth (AfD):

Sehr geehrte Damen und Herren! Werte Frau Präsidenten! Innerhalb von knapp drei Jahrzehnten wurde die innerdeutsche Grenzanlage in ihrer baulichen Struktur und durch die Kontrolle der DDR-Grenztruppen zu einem perfiden, perfekten Überwachungs- und Unterdrückungsinstrument gegenüber der eigenen Bevölkerung ausgebaut.

Die Erinnerungen an die Grenze und ihr perfides Anliegen müssen demnach für nachkommende Generationen erhalten bleiben, damit ein für alle Mal klar ist, wohin Machtmissbrauch führen kann.

Diese Grenze hat nicht nur eine tiefe Narbe in der Landschaft hinterlassen, sondern auch im historischen Gedächtnis eines ganzen Volkes. Sie radierte Ortschaften aus, trennte und entzweite Familien und Freunde.

Angeordnet von der SED, ausgeführt von der Stasi, wurden Menschen systematisch bespitzelt, gemobbt, genötigt, bedroht, eingesperrt und sogar ermordet. Jeder, der diese Diktatur infrage stellte, widersprach, nicht mit dem marxistisch-leninistischen Grundideen übereinstimmte oder gar die brüderliche Freundschaft zur Sowjetunion nicht mittrug, bekam die volle Härte des Partei- und Staatsapparates zu spüren.

17 Millionen Menschen waren einer totalen Kontrolle unterworfen. Auch und vor allem daran ist zu denken, wenn wir eine Erinnerungskultur am Grünen Band für nachfolgende Generationen ausloben wollen.

Im Schutz der Grenzsicherungsanlagen, weitgehendst abgeschirmt von störenden Einflüssen durch tonnenweisen Einsatz von Herbiziden, die alle Pflanzen töteten, entwickelten sich entlang der deutschen Grenzen spezielle Biotope, die von Tier- und Pflanzenarten als Lebensraum genutzt wurden. Heute sind sie eher in den Roten Listen zu finden als am Grünen Band.

Dass die ehemalige deutsche Grenze ein Refugium für seltene Arten darstellt, ist keine neue Erkenntnis. Die Idee daraus, ein Biotopverbundsystem aufzubauen, nur folgerichtig. Aber worin liegt denn eigentlich das Problem, hier leicht, völlig überhetzt, ein Gesetz durchzuwinken?

Die CDU zitierte in den Diskussionen vorher das Gespenst der Enteignung herbei. Das soll ja jetzt wahrscheinlich gelöst sein. In der Kürze der Zeit,

in der mir der Gesetzentwurf vorliegt, muss ich mir jedoch einmal genauer ansehen, wie ihr das jetzt gelöst habt.

Ansonsten demonstriert Sachsen-Anhalt wieder einmal, warum wir die Rote Laterne haben, wenn es um solche großen Projekte geht.

Sie, werte Herren von der CDU, haben leider die Dinge jahrzehntelang wieder einmal schleifen lassen, die dazu geführt haben, dass die vielen Biotope am Grünen Band heute nur noch Relikte sind.

Letztlich wird auch, wie bei Natura 2000, mit der Brechstange Naturschutz betrieben, Millionen Steuergelder werden dabei wieder investiert, was vorher hätte weniger sein können.

Die vorgeblich geschützten Arten am Grünen Band verkommen in den noch intakten Biotopen, die von Ihnen bisher ignoriert werden, wenn es um kreative Ideen bei der Schaffung von Windkraftvorranggebieten geht. Es ist geradezu ein Sakrileg, dass Artenschutzmaßnahmen, die dringlich erforderlich wären - ich erinnere hier an die Anfragen der AfD zum Erhaltungszustand diverser Tier- und Pflanzenarten in Sachsen-Anhalt -, eben nicht umgesetzt werden.

Eines, werte Frau Ministerin, haben Sie leider noch nicht verstanden: Sie haben vergessen, den Menschen am Grünen Band zu integrieren. Erst vorgestern war am Morgen im MDR-Radio zu hören - ein Bauer brachte es auf den Punkt; ich zitiere das kurz aus meiner Erinnerung -: Die Erinnerungskultur zur Grenze ist wichtig, aber auf meinem Acker hört diese auf. - Das sagt ein Mensch vor Ort.

Aus diesem Grund, Frau Ministerin: Ein Biotopverbund muss nicht schnurgerade verlaufen. Er muss nicht auf 25 m definiert sein, entlang eines zum Teil nicht mehr existierenden Weges, sondern er verbindet Biotope, Schutzgebiete und andere lebenswerte Lebensräume. Dieses Problem hätte schon längst im zuständigen Fachausschuss diskutiert werden können und müssen, wo es zuerst und jetzt sofort hingehört.

Nehmen Sie zur Kenntnis, dass die AfD-Fraktion mit dem Aufwand und dem Nutzen der Komponente Artenschutz und seiner generellen Umsetzung innerhalb des Naturmonuments bisher in keiner Weise zufrieden ist. Weiterhin sehen wir - entgegen der CDU -, dass noch viel Klärungsbedarf besteht.

Dennoch ist mir persönlich dieses Anliegen sehr wichtig. Daher bringen wir den Gesetzentwurf bitte schnell in den Ausschuss, sprechen darüber. Sie werden aber, wie immer, befürchte ich, unsere guten Vorschläge ablehnen.

Ich empfehle aber vor allem den Herren der CDU im Ausschuss, unsere Vorschläge wenigstens einmal zu lesen, bevor Sie Ihren Daumen wieder kollektiv senken. Im Grunde finden wir das Gesetz sehr gut.

Ich möchte an der Stelle noch persönlich meinem Referenten danken, der diese Rede mit vielen Fachbegriffen gespickt hat, vom Zentralrat der DDR und so etwas. Die Leute kennen sich noch aus, die älteren von uns, die Leute von damals. Wenn ich das sage, wissen viele noch, worum es geht. Deshalb ist die Erinnerungskultur so wichtig, damit diese Begriffe nicht vergessen werden. Denn das sind Begriffe, mit den wirklich Schindluder getrieben wurde. Das sind Begriffe, die haben uns angegriffen, unser Volk geteilt und kaputtgemacht. Deshalb ist es für mich wirklich auch ein persönliches Anliegen, dass wir uns mit dem Projekt auseinandersetzen und es gut gestalten, die Menschen mitnehmen und dieses Band nicht wieder dazu führt, dass Ärger entstehen kann. - Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Loth. Ich sehe auch hierzu keine Fragen. - Wir kommen zum nächsten Debattenredner. Für die SPD-Fraktion spricht der Abg. Herr Barth. Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

Jürgen Barth (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Als Bewohner eines ehemaligen Grenzkreises habe ich das Grenzregime noch ganz deutlich vor mir. Ich hatte das Privileg, einen Passierschein zu besitzen, da ich aus dienstlichen Gründen auch bis an die Grenze heran musste, weil wir einen landwirtschaftlichen Betrieb hatten, dem ich als Produktionsleiter vorstand, und dementsprechend privat direkt an der Grenze war.

Deshalb ist das Bild noch in mir. Ich freue mich, dass es auch bei uns noch Rudimente der Grenzanlage gibt, die jetzt nicht so exponiert im Fokus stehen wie zum Beispiel Hötensleben oder die Grenzübergangsstelle Marienborn. Aber es gibt noch Reste, und diese Reste sollten vor Ort erhalten werden. Ich denke hierbei gerade an Böckwitz-Zicherie. Da gibt es auch noch einen Rest der Sperranlagen, der Mauer und der Grenzbefestigung. Ich denke, das alles sollte erhalten werden. Nun bietet sich uns die Möglichkeit, diese Dinge mithilfe des Grünen Bandes für die Zukunft zu erhalten.

Ich möchte im Einzelnen auf die Punkte gar nicht eingehen. Die Frau Ministerin hat in ihrer Rede

zur Geschichte, zum Anlass und zur Sache gesprochen. Deshalb lassen Sie mich ganz kurz unseren Standpunkt als SPD-Fraktion darlegen:

Meine Damen und Herren! Für uns in der Fraktion war es nie eine Frage, dass wir bis zum 30. Jahrestag der friedlichen Revolution dieses Gesetz verabschieden, um der Erinnerungskultur - das ist auch Bestandteil des Grünen Bandes - ein Zeichen zu setzen.

Deshalb freue ich mich, dass wir nach langen, intensiven Beratungen im Rahmen der Koalition jetzt einen Weg gefunden haben, dieses Gesetz bis zu diesem Datum auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir, auszugsweise aus einer Stellungnahme des Kuratoriums „Naturmonument und Grünes Band Sachsen-Anhalt“ zu zitieren:

„Wir haben uns mit sehr unterschiedlichen parteipolitischen Hintergründen in den Dienst der Sache gestellt, weil wir überzeugt sind, dass unter dem Leitgedanken vom Todesstreifen zur Lebenslinie auch in Sachsen-Anhalt ein nachhaltiges Projekt wider des Vergessens entstehen kann.“

Wenn unsere Generation der Zeitzeugen das nicht macht, wird das nicht mehr erfolgen. Auf welch positives Echo das Vorhaben stößt und mit wie viel Hoffnung es begleitet wird, haben wir vor Ort erleben können. Endlich, so ein Aspekt der Erwartungen von Betroffenen, eröffnet sich die Chance, dauerhaft ins öffentliche Bewusstsein zu rücken, dass das Grenzregime der DDR nicht erst 1961 mit der Berliner Mauer, sondern an der Westgrenze bereits im Mai 1952 eingeführt wurde.

Wichtig ist uns der organisatorische Ansatz des Vorhabens anlässlich des 30. Jahrestages der Grenzöffnung, den gesetzlichen Rahmen für einen anschließenden Gestaltungsraum in den Bereichen Ökologie und Erinnerungskultur zu schaffen. Dadurch wird ein lebendiger Prozess ermöglicht, der viele in das nicht zuletzt identitätsstiftende Vorhaben der Koalition einbindet. Dass das ausschließlich auf Freiwilligkeit und bewusstes Mittun, aber auch aus Verantwortung gegenüber den Opfern setzt, stand für uns außer Frage.“

Ich danke an dieser Stelle ausdrücklich den Kuratoriumsmitgliedern für ihre geleistete Arbeit - und das aus ganzem Herzen - und möchte mit diesem Zitat meine Rede schließen. Es ist alles gesagt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Barth. Auch hierzu sehe ich keine Fragen und keine Wortmeldung. - Wir kommen zum nächsten Debattenredner. Für die Fraktion DIE LINKE spricht der Abg. Herr Lange. Sie haben das Wort. Bitte.

Hendrik Lange (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Das Grüne Band mit seinem einzigartigen Naturraum zu schützen ist ein Ansinnen, das seit der Grenzöffnung 1989 besteht. Sogar der berühmte Naturkundler Heinz Sielmann hat die Idee eines Nationalparks von der Ostsee bis zum Bayerischen Wald immer wieder ins Gespräch gebracht, denn bereits vor der Wende wusste man, welche einzigartige Tier- und Pflanzenwelt sich im Grenzgebiet entwickelt hat.

„Vom Todesstreifen zur Lebenslinie“ ist daher das zutreffende Motto. Und die Erinnerung an die deutsche Teilung, an die Teilung Europas aufrechtzuerhalten ist ein wichtiges Ansinnen, das keinen Zweifel zulässt.

Daher sind die Zeugnisse dieser ehemaligen Grenze ebenso schützenswert. Sie sind Erinnerung, aber auch Mahnung, Erinnerung daran, wie es war, als Menschen erschossen wurden, wenn sie ihr Land verlassen wollten, Erinnerung an die Menschenrechtsverletzungen, aber auch Erinnerung an eine friedliche Revolution, die in Deutschland einzigartig ist. Und die Erinnerung an diese Grenze macht den Wert der Freizügigkeit in einem vereinten Europa deutlich. Die Zeugnisse der deutsch-deutschen Grenze sind Mahnung, dass es eine solche tödliche Grenze nie wieder in Europa geben darf,

(Beifall bei der LINKEN)

nicht auf dem Kontinent, nicht aufgrund des Brexits, und das Sterben im Mittelmeer muss aufhören, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt gibt es auch Stimmen, die sagen, dass diese relativ neue Schutzkategorie Naturmonument vielleicht ein bisschen für Verwirrung sorgt; schließlich hätten wir mit dem Nationalpark ja schon eine etablierte Schutzkategorie. Das stimmt. Die Frage ist absolut berechtigt. Allerdings hat sich Thüringen für das Naturmonument entschieden und einen Flickenteppich sollten wir auch vermeiden.

Die Kombination aus Erinnern und Schützen rechtfertigt auch die Ernennung zum nationalen Naturmonument. Wichtig ist aber, dass der Naturschutz ganz deutlich vorangebracht wird. Da sind die großen Ausnahmetatbestände schon auffällig.

Dass ein solches Schutzprojekt mit der Erinnerung an die deutsche Teilung fast zum Ende der

Koalition geführt hat, ist bezeichnend für deren Zustand. Denn, meine Damen und Herren, Sie haben nicht nur beinahe die 30 Jahre Mauerfall verschlafen, Sie riskieren auch das symbolische Datum für das Grüne Band.

(Zurufe von der CDU)

Allein voran sind es die Unionsagrarlobbyisten, die Panik vor Enteignung und Nutzungseinschränkungen schüren -

(Zurufe von der CDU)

und das bei einem solch bedeuten Monument der deutschen Geschichte. Das verstehe, wer will.

(Zustimmung bei der LINKEN)

Ich würde mir einmal so ein Theater von Ihnen wünschen, wenn es um den Bau von Straßen oder einer Autobahn geht. Solange Sie sich beim Naturschutz dermaßen aufführen, werden die Rezos dieser Welt ein Video nach dem nächsten hochladen; denn Sie wollen weder verstehen, noch wollen Sie handeln, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Biotopverbund ist deswegen so bedeutend, da die Arten wandern können. Das ist auch eine Anpassungsstrategie im Klimawandel. Zudem können sich Populationen austauschen und die genetische Vielfalt steigt.

Leider sind schützenswerte Biotope wie Moore immer seltener und deswegen so wertvoll. Das Grüne Band als Naturmonument wird daher von meiner Fraktion unterstützt.

Meine Damen und Herren! Auch die europäische Idee eines Grünen Bandes durch Europa sollte nicht aufgegeben werden. Die Chancen, die die Diskussion um Klima- und Naturschutz derweil bieten, sollten in diesem Sinne genutzt werden. DIE LINKE wird den Gesetzentwurf selbstverständlich mit überweisen. Wir freuen uns auf die Diskussionen im Ausschuss. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Lange. Ich sehe keine Wortmeldungen. - Somit kommen wir zum nächsten Debattenredner. Für die CDU-Fraktion spricht der Abg. Herr Daldrup. Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter.

Bernhard Daldrup (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Abg. Lange, was Sie nicht verstanden haben, können Sie vielleicht nach meinem Redebeitrag besser verstehen. Ich will es zumindest versuchen.

343 km und 4 754 ha Land und Wegstrecke, die unser Land geteilt haben, auf denen ein unmenschliches, ein brutales Grenzregime errichtet worden ist, auf denen Menschen vertrieben worden sind, die ihre Heimat verloren haben, auf denen Menschen erschossen worden sind, weil sie ihrem Freiheitsdrang folgen wollten oder ihr Leben nach eigenem Gusto leben wollten, das sind die Grundlagen, auf denen wir heute zum Grünen Band und für ein nationales Naturmonument einen Gesetzentwurf einbringen wollen und auf denen wir dann am Ende ein Schutzgebiet einrichten wollen.

Dass wir dieses Schutzgebiet einrichten wollen, ist richtig.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen aber erkennen - und das ist wichtig -, dass es Menschen gibt, deren persönliches Leben davon schwer beeinträchtigt war und an deren persönlicher Integrität wir nicht vorbeikommen, weil wir dies achten müssen. Deswegen war uns als CDU unglaublich wichtig, dass alles, was dort passiert ist, freiwillig und in freier Entscheidung passiert.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen ist es auch nicht entscheidend, ob das Grüne Band und das Nationale Naturmonument in seiner Endfunktion am 9. November - das Gesetz schon, aber die Konsequenzen daraus - umgesetzt worden sein werden oder nicht bzw. ob es im nächsten oder übernächsten Jahr passiert.

Deshalb appelliere ich an diejenigen Verbände, die insoweit Verantwortung tragen - das sind ist die SUNK und der BUND im Wesentlichen -, und an die Institutionen, aber auch an uns, Geduld zu bewahren im Respekt vor denjenigen, die persönliches Leid erfahren haben. Das erscheint uns wichtig. Wir glauben, dass wir mit dem nunmehr vorliegenden Gesetzentwurf ein Gesetzeswerk eingebracht haben, mit dem alle Interessen berücksichtigt worden sind.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Grüne Band ist nicht ausschließlich ein Naturschutzprojekt. Es ist sowohl ein Naturschutzprojekt als auch ein Erinnerungsprojekt. Es ist ein Projekt, das deutlich machen muss, wie wir mit unserer Geschichte umgehen und wie wir den Respekt vor denjenigen dokumentieren, die das alles erlitten haben. Insofern bin ich mir sicher, dass wir in den Ausschüssen Gelegenheit finden werden, diese Dinge noch einmal deutlich zu formulieren und dann ein Gesetz verabschieden, das uns alle voranbringt.

Ich finde es toll, dass wir anschließend die Möglichkeit haben, Schulprojekte über Bildungsarbeit am Grünen Band zu organisieren, wie sie im Mo-

ment bereits in Osterwieck stattfinden. Ich finde es klasse, dass sich ehemalige Grenzer zusammen tun und in Abbenrode ein Museum betreiben. Ich finde es auch gut, dass es Menschen vor Ort gibt, die sagen: Ja, ich will meine Fläche, auch wenn meine Vorfahren sie einstmals verloren haben, dem Grünen Band zur Verfügung stellen. - Das ist alles gut, das finde ich klasse, das muss auch so sein. Und so soll es dann auch sein.

Leider Gottes ist es heute so - 30 Jahre danach -, dass wir Schwierigkeiten haben, unseren jungen Menschen verständlich zu machen, was dort geschehen ist, weil es für sie völlig unverständlich ist und für sie die Freizügigkeit des Reisens, die persönliche Freiheit so selbstverständlich geworden sind. Das ist in diesem Land wirklich toll, beinhaltet aber auch die Schwierigkeit, jungen Menschen zu vermitteln, dass es seinerzeit ganz anders war.

Deswegen finde ich, dass auch die finanzielle Ausstattung für die Erinnerungskultur gut und ordentlich sein muss. Das war uns wichtig bei diesem Punkt.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Der letzte Satz: Auf diesen 4 754 ha darf aus unserer Sicht nie wieder etwas mit Zwang geschehen, darf nie wieder etwas passieren, was Menschen in ihrer Würde oder sonst irgendwie verletzt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Daldrup. Auch hierzu sehe ich keine Wortmeldungen. - Wir kommen zur letzten Debattenrednerin. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht die Abg. Frau Lüddemann. Bitte, Sie haben das Wort.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! „Vom Todesstreifen zur Lebenslinie“. Die innerdeutsche Grenze, der ehemalige Todesstreifen, ist eines der wirklich dunklen Kapitel unserer Geschichte. Fast 800 Menschen - das sind die dokumentierten Fälle; wir wissen nicht, was wirklich war - verloren dort ihr Leben. Sie verloren ihr Leben, weil sie von einem deutschen Staat in den anderen deutschen Staat wollten.

Es ist höchste Zeit, das Wissen um die Geschehnisse an der ehemaligen innerdeutschen Grenze angemessen zu sichern, aufzubereiten und allen zugänglich zu machen.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung bei der CDU)

Ich will an dieser Stelle sehr deutlich sagen: Ich verspüre tiefe Dankbarkeit und Hochachtung vor all denjenigen, die - Kollege Daldrup hat es angesprochen - das aus sich heraus ohne große Unterstützung 30 Jahre lang getan haben. Es ist überfällig, dass wir hier unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zustimmung bei der CDU)

Der Vorsitzende des Kuratoriums „Naturmonument Grünes Band“, Karl-Heinz Daehre, hat uns bei jedem Treffen sehr eindrücklich mit ganz persönlichen Beispielen diese Dinge untermauert. Ich will ihm und seinen Mitstreitern ganz herzlich für die Arbeit danken, die sie im letzten Jahr geleistet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der SPD)

Weil uns das so wichtig ist - wir sind BÜNDNIS 90 und fühlen uns der Erinnerungskultur verpflichtet; wir sind die GRÜNEN und fühlen uns dem Artenschutz verpflichtet -, haben wir sehr für eine klare Formulierung im Koalitionsvertrag gekämpft.

(Zuruf von der AfD)

Dieser Vertrag ist Grundlage unseres Handelns.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn nur die Kategorie „Nationales Naturmonument“ gibt uns die Möglichkeit, sowohl Erinnerungskultur als auch Artenschutz gleichermaßen gesetzlich zu sichern, festzuhalten und auch mit Geldern zu untersetzen, um die Maßnahmen, die jetzt begonnen haben, fortzusetzen, und auch um weitere Maßnahmen ins Leben zu rufen, um konkrete Projekte der Erinnerungskultur und die Artenvielfalt für die folgenden Generationen zu sichern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Denn auch im größten Dunkel kann Zukunft wachsen. Dort, wo bis vor 30 Jahren Menschen verfolgt und erschossen wurden, befindet sich heute eine ökologische Schatzkammer. Zahlreiche seltene Tiere und Pflanzen - die Frau Ministerin hat darauf hingewiesen - konnten sich auf dem Todesstreifen entwickeln und ihn zur Lebenslinie werden lassen. Diese Flächen haben eine einzigartige Bedeutung. 1 200 gefährdete Tier- und Pflanzenarten haben ihren Rückzugsort gefunden.

In Zeiten, in denen uns jeden Freitag die Generation „Fridays for Future“ mahnt, die Artenvielfalt zu sichern, ist es das Mindeste, dass wir das, was wir hier im Herzen Europas als Schatz haben, für diese jungen Menschen, für die nachfolgenden Generationen zu sichern.

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf von Lydia Funke, AfD)

Unser festes Ziel ist es, zum 30. Jahrestag der friedlichen Revolution das Nationale Naturmonument in Sachsen-Anhalt auszuweisen. Wir befinden uns dann in einer sehr exklusiven Runde. Es gibt bisher die Ivenacker Eichen in Mecklenburg-Vorpommern, die Bruchhauser Steine und das Kluterthöhhlensystem in NRW sowie das Grüne Band in Thüringen. Es wäre also erst das fünfte Naturmonument bundesweit. Ich glaube, auch das ist etwas, worauf wir dann stolz sein können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was passiert praktisch? - Die Frau Ministerin hat schon darauf hingewiesen. Es wird erst einmal sehr übersichtlich sein, auch weil der Bund den Ländern bereits einige Flächen kostenfrei übertragen hat mit dem Ziel, naturschutzfachlich genutzt zu werden.

An dieser Stelle will ich ausdrücklich dem BUND und der SUNK für ihre vor allem in der Altmark geleistete wertvolle Arbeit danken.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Anteil von Ackerbauflächen - das ist bekannt, das war so ein bisschen der Punkt, um den sich hier vieles gedreht hat - beträgt 3 %. Das sind weniger als 150 ha. Ich gehe davon aus, dass wir im Gespräch mit den Menschen vor Ort auch weiterhin kluge Lösungen finden werden, dass wir Flächen tauschen und wir über Entschädigungszahlungen und im Gespräch mit den Menschen die Dinge so sichern, dass wir das Grüne Band dann auch tatsächlich zum Jubiläum ausweisen können.

Ich will an dieser Stelle auch sehr deutlich sagen: Alle Nutzungsmöglichkeiten, die jetzt im Grünen Band stattfinden, können weiterhin stattfinden, auch die Landwirtschaft, und zwar mit zwei Festlegungen - das ist auch klar -: kein Pestizideinsatz und die Fläche darf nicht intensiviert werden. Aber das wirklich Zukunftsweisende am Grünen Band, am Nationalen Naturmonument, erfolgt erst nach der Ausweisung.

In Zusammenarbeit mit den Menschen vor Ort werden Pflege-, Entwicklungs- und Informationspläne erarbeitet. In diesem Zusammenhang rege ich an, dass der Landtag durch den federführenden Fachausschuss das für die Belange des Naturschutzes zuständige Ministerium, nämlich das MULE, bittet, bei dem Verfahren nach § 15 Abs. 4 des Naturschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt bezüglich der Unterrichtung der betroffenen Grundstückseigentümer und Nutzungsberechtigten zu unterstützen. Dies gilt auch für das Verfahren zur Herstellung des Benehmens nach § 22 Abs. 5 des Naturschutzgesetzes.

In Europa verbindet das Grüne Band 24 Staaten über eine Strecke von 12 500 km; 1 400 km füh-

ren an dieser einzigartigen Strecke eines ehemaligen geteilten Landes entlang.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich komme zum Abschluss meiner Rede und will Ihnen sagen: Es ist mir ein ganz persönliches Anliegen, dass wir das grundsätzlich auf den Weg bringen, dass wir das zum 30. Jahrestag der friedlichen Revolution auf den Weg bringen.

Sie, Kollege Barth, haben beschrieben, wie es Ihnen ging, als Sie dort lebten. Ich habe zugegebenermaßen weiter entfernt gelebt, aber ich habe sehr dafür gekämpft, dass es diesen Todesstreifen nicht mehr gibt. Meine Familie und ich haben sehr dafür gekämpft, dass wir dieses Land wieder zusammenführen können, dass wir wieder zusammenstehen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Deshalb brauchen wir auch ein sichtbares Symbol, damit auch nachfolgende Generationen nachvollziehen können, wozu Teilung führt, wozu Nationalismus führt und auch dazu - die Europawahl hat es gezeigt -, welche Tendenzen wir in Europa haben. Dafür brauchen wir ebenfalls das Grüne Band, um zu zeigen, wie die Menschen zusammenstehen, und als Schutz vor Nationalismus. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN, bei der CDU und bei der SPD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Abg. Lüddemann. Es gibt eine Wortmeldung. - Herr Abg. Harms, bitte, Sie haben das Wort.

Uwe Harms (CDU):

Frau Kollegin, vielen Dank für die eindrucksvollen Worte, mit denen Sie dieses gemeinsam verbindende Anliegen beschrieben haben. Können Sie bitte ergänzen, wie das Grüne Band helfen wird, die sogenannten Doppeldörfer, die in Jahrhunderten entstanden sind -

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Doppeldörfer?

Uwe Harms (CDU):

Doppeldörfer zwischen Hannover und Preußen, in meiner Region dort -, dauerhaft zu verbinden, statt sie voneinander zu trennen, zum Beispiel Böckwitz-Zicherie?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Lüddemann, bitte.

Cornelia Lüddemann (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Ich denke, das können wir in den Ausschussberatungen erörtern. Kollege Daldrup hat ja auch beschrieben, dass es nötig ist, ein Konzept für die Erinnerungskultur zu haben, und dass es wichtig ist, dafür Gelder einzustellen. Sicherlich müssen wir in beiden Fällen auch über Stellen reden. Ich denke aber, darüber können wir gut in den Ausschussberatungen sprechen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Harm, Sie signalisieren, eine Nachfrage zu haben. - Bitte.

Uwe Harms (CDU):

Gern, Frau Präsidentin, möchte noch ich etwas fragen, weiß aber nicht, ob die Kollegin zu einer Antwort bereit ist.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie muss es ja nicht. Abgeordnete brauchen nicht zu antworten, und wenn sie sich hinsetzt, signalisiert sie, dass sie keine Fragen mehr beantworten möchte.

Uwe Harms (CDU):

Frau Präsidentin, dann möchte ich an dieser Stelle gerne einen Wunsch äußern, damit er im Landtagsprotokoll zu finden ist.

(Sebastian Striegel, GRÜNE: Das sieht die Geschäftsordnung eigentlich nicht vor!)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sie können den Wunsch äußern; aber er läuft trotzdem zunächst ins Leere, es sei denn, Sie wollen ihn insgesamt fürs Plenum aufgenommen wissen. Aber das hat jetzt nichts mehr mit dem Redebeitrag der Abg. Lüddemann zu tun.

(Andreas Steppuhn, SPD: So eine Schauspielerei!)

Von daher wäre es am besten, wenn Sie das im Ausschluss machen. Oder Sie müssten es als Kurzintervention deklarieren. Das ist möglich.

Uwe Harms (CDU):

Sehr wohl, Frau Präsidentin. - Dann möchte ich den Wunsch äußern, dass es insbesondere in diesen Doppeldörfern auch zukünftig möglich sein wird, beim Grünen Bad gemeinsame Projekte zu verbinden, egal, ob das nun gemeinsame Kindergärten oder Spielplätze sein sollen. - Danke.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Das ist somit in den Ohren aller Abgeordneten aufgenommen. Ich denke, das sind Dinge, die man im Ausschuss direkt anbringen sollte.

Wie vereinbart, wird zum Schluss der Debatte der Staatsminister und Minister für Kultur Herr Robra sprechen. Sie haben jetzt das Wort.

Rainer Robra (Staatsminister und Minister für Kultur):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Als der für die Gedenkstätten und Erinnerungskultur dieses Landes zuständige Minister ist es auch mir ein Bedürfnis, dem Kuratorium unter dem Vorsitz von Dr. Karl-Heinz Daehre herzlich für seine Arbeit zu danken. Ich möchte gern Frau Dr. Baumgartl, die Leiterin der Gedenkstätte Marienborn, in diesen Dank einbeziehen. Sie hat als Beauftragte des Ministerpräsidenten daran mitgewirkt. Man musste ihr nicht erst erklären, worum es ging, denn sie ist im Sperrbezirk aufgewachsen und weiß, was das Grenzregime bedeutet hat.

(Beifall bei der CDU, bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich selbst stand an der innerdeutschen Grenze, an der damaligen Grenze Niedersachsens zur DDR, erstmals mit fünf Jahren mit meinem Großvater, meinen Eltern und meinen Geschwistern. Mein Opa hat mir gezeigt, wo er aufgewachsen ist, nämlich in Seggerde, wo auch mein Vater noch als Kind bei seinen Großeltern gespielt hat. Ich habe als fünfjähriges Kind nicht verstanden, warum wir dort nicht übergehen konnten, was daran so bemerkenswert ist und warum das alles so ist.

Deswegen ist es so wichtig, dass wir auch den nachwachsenden Generationen, den Kindern und Jugendlichen von heute, die das alles auch nicht kennen, genauso wenig wie ich das damals gekannt habe, an den noch verbliebenen Stätten der Erinnerung veranschaulichen, worum es damals gegangen ist. Deswegen bin ich dankbar, dass wir dieses ehrgeizige, aber erreichbare Ziel, zum Gedenktag an die Grenzöffnung und den Mauerfall dieses Gesetz in Kraft treten zu lassen, ansteuern.

Wir haben schon die ersten Bescheide erteilt, auch an die Institutionen, die sich der Erinnerungskultur im Grenzstreifen auf der Grundlage des Haushaltsplans 2019 widmen. Ich bin zuversichtlich, dass wir auch im nächsten und in allen folgenden Jahren dazu beitragen können, dass uns das, was augenscheinlich noch vorhanden ist, immer wieder daran erinnert, was dort geschehen ist.

Eine meiner wirklich bewegenden Veranstaltungen der vergangenen Wochen war am 26. Mai 2019 der Tag zur Erinnerung an den Aufbau des Grenzregimes. Viele wissen gar nicht, dass die Teilung nicht im Jahr 1961 manifestiert wurde, sondern dass das am 26. Mai 1952 stattfand, als die DDR-Staatsführung mit der völligen Abriegelung der innerdeutschen Grenze und der Zwangsumsiedlung von ca. 12 000 Menschen - 166 allein in Hötensleben - begonnen hat. Bis dahin war das eine gut gesicherte, aber immer noch sogenannte grüne Grenze - ein ganz anderer Begriffszusammenhang in diesem Kontext.

Nunmehr wurden Familien auseinandergerissen, ganze Dörfer entvölkert und Lebensentwürfe zerstört. Erste Wachtürme wurden gebaut, Zäune gezogen, Kontrollstreifen gerodet und eine 5 km breite Sperrzone errichtet. Dieser Tag war in Wahrheit der Anfang der gewaltsamen Trennung Deutschlands.

Diese Willkürmaßnahmen vollzogen sich unter dem zynischen Tarnnamen „Aktion Ungeziefer“. Victor Klemperer, damals Professor an der Martin-Luther-Universität in Halle, bemerkte im Jahr 1946 zum Gebrauch der Sprache: „Die Aussagen eines Menschen mögen verlogen sein - im Stil seiner Sprache liegt sein Wesen hüllenlos offen.“ Es war wirklich entlarvend, wie das SED-Regime dieses alles zum Ausdruck gebracht hat.

Stacheldraht und Mauer sind dank der friedlichen Revolution zwar Vergangenheit, aber vor noch nicht allzu langer Zeit trennte ein Eiserner Vorhang Europa, und die Mauer war das berüchtigtste Bauwerk des Kalten Krieges. Die Flucht von Deutschland nach Deutschland barg - es ist schon vielfach erwähnt worden - ein tödliches Risiko. Hunderte Menschen starben an der innerdeutschen Grenze. Sie waren zwischen sechs Monaten und 81 Jahren alt. Die Zahl der politisch Verfolgten und zu Haftstrafen Verurteilten liegt zwischen 170 000 und 280 000. Es ist beschämend, dass wir das nicht genauer wissen, und zeigt, welcher Handlungsbedarf auch dort noch besteht.

Wir alle dürfen das niemals verdrängen oder gar vergessen. Das sind wir den Opfern des Grenzregimes schuldig. Ihre Schicksale können uns nicht gleichgültig sein. An der Grenze war gar nichts gut. Das dürfen wir nicht vergessen, gerade in diesem Jahr der Erinnerung an die friedliche Revolution und im nächsten Jahr, dem 30. Jubiläum der Herstellung der Einheit Deutschlands.

Wir als Landesregierung werden den Aufbau des Grünen Bandes, die Pflege der Erinnerungskultur immer und konsequent unterstützen und stehen dazu auch.

Eine kleine technische Anmerkung am Rande: Zu § 5 des Gesetzentwurfes besteht aus der Sicht der Gedenkstättenstiftung noch Erörterungsbedarf. Das ist noch einmal an mich herangetragen worden. Ich gehe aber davon aus, dass wir das in den Ausschussberatungen zur allseitigen Zufriedenheit erledigen können. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister Robra. Ich sehe hierzu keine Wortmeldungen. Somit steigen wir in das Abstimmungsverfahren ein.

Ich habe jetzt nicht vernommen, in welche Ausschüsse überwiesen werden soll. Ich gehe einmal davon aus: federführend in den Umweltausschuss und mitberatend in den Landwirtschaftsausschuss, oder?

(Zurufe von der CDU und von der SPD: Bildung!)

- Bildung. - Könnte das bitte jemand noch einmal zusammenfassen? - Frau Schindler, bitte.

Silke Schindler (SPD):

Zur federführenden Beratung in den Ausschuss für Umwelt und Energie und zur Mitberatung in die Ausschüsse für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie für Bildung und Kultur.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Dann habe ich das jetzt ganz genau. - Wir steigen in das Abstimmungsverfahren zum Gesetzentwurf in der Drs. 7/4507 ein. Wer damit einverstanden ist, dass dieser Gesetzentwurf zur federführenden Beratung in den Umweltausschuss und zur Mitberatung in die Ausschüsse für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie für Bildung und Kultur überwiesen wird, den bitte ich jetzt um das Kartenzeichen. - Das sind offensichtlich alle Fraktionen und ein fraktionsloses Mitglied. Wer stimmt dagegen? - Niemand. Wer enthält sich der Stimme? - Ein fraktionsloses Mitglied. Damit ist der Tagesordnungspunkt beendet.

(Beifall bei der CDU, bei den GRÜNEN und von der Regierungsbank)

Ich danke den Mitgliedern des Kuratoriums recht herzlich und wünsche ihnen ein schönes Wochenende.

(Unruhe)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte doch, den Geräuschpegel etwas abzusenken, damit weiterhin vernünftig beraten können. - Danke.

Ich rufe auf

Tagesordnungspunkt 2

Erste Beratung

Dem Lehrermangel wirksam begegnen - Belastungen der Lehrkräfte senken!

Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 7/4487

Einbringer wird hierzu der Abg. Herr Lippmann sein. Bitte, Sie haben das Wort.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen kurz vor dem Ende des laufenden Schuljahres, und der Blick richtet sich wieder einmal sorgenvoll auf die Unterrichtsversorgung im kommenden Schuljahr.

Eigentlich sollte zum jetzigen Zeitpunkt die Vorbereitung des kommenden Schuljahres bereits weitgehend abgeschlossen sein. Doch davon sind wir in diesem Jahr weiter entfernt denn je; denn wir müssen feststellen, dass der größten Lehrstellenausschreibung, die dieses Land je gesehen hat - so unser Bildungsminister -, das größte Desaster bei der Besetzung dieser Stellen folgen wird.

Von den 900 ausgeschriebenen Stellen wird am Ende gerade einmal die Hälfte besetzt werden. Unter den ohnehin viel zu wenigen Neueinstellungen befinden sich dann auch noch mehr denn je sogenannte Seiteneinsteiger ohne pädagogische und didaktische Qualifikation. Von diesen Neulehrern werden nach wenigen Monaten - so unsere Erfahrungen - schon viele nicht mehr vor einer Klasse stehen; denn sie werden nach wie vor einfach ins kalte Wasser geschmissen, ohne die notwendige Vorbereitung und Unterstützung. Es gibt nach wie vor kein Qualifizierungskonzept, um der schnell steigenden Zahl von Seiteneinsteigern das Rüstzeug für eine erfolgreiche Lehrtätigkeit mitzugeben, sodass viele den Anforderungen nicht gerecht werden können.

Minister Tullner bemüht sich zwar, unternimmt aber gegen den fortschreitenden Lehrermangel in unseren Schulen weiterhin nur das, was ihm und seinem Haus möglich erscheint. Das aber ist längst nicht das, was möglich wäre.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Unterschied zwischen dem, was der Minister tatsächlich tut, und dem, was möglich wäre, ist viel zu groß, als dass wir uns eine Fortführung dieser Ausschreibungs- und Einstellungspraxis des Ministeriums weiter leisten könnten. Obwohl viele Hundert Stellen unbesetzt sind, werden weiterhin Bewerber weggeschickt oder können nicht

gewonnen werden, weil die Flexibilität fehlt oder die Bearbeitung schlicht viel zu lange dauert oder zu unpersönlich erfolgt.

Damit geht auch im nächsten Schuljahr die Schere zwischen den Schülerzahlen auf der einen Seite und den verfügbaren Lehrkräften auf der anderen Seite wieder ein großes Stück auseinander. Wieder werden mehrere Hundert Lehrkräfte weniger vor den immer voller werdenden Klassen stehen, und der Sinkflug der Unterrichtsversorgung wird ungebremst weitergehen.

Der Minister wird uns vermutlich wieder lange zappeln lassen, bis er uns seine schlechten Botschaften in einer dann allerdings chic aufgemachten Pressemeldung präsentieren wird. Aber es ist auch so absehbar, dass es nicht viel über 95 % sein werden. Dabei werden sich die Unterschiede zwischen den Schulformen weiter drastisch verschärfen.

Massiv wird es neben den Förderschulen vor allem die Sekundar- und Gemeinschaftsschulen treffen. Da sollten die Vertreter von Handwerk und Wirtschaft in der CDU-Fraktion endlich aufwachen und ihrem Bildungsminister die Leviten lesen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn immer weniger Unterricht stattfindet, muss anschließend auch niemand seine Entrüstung über das schwache Niveau der Auszubildenden bei den Schulen abladen.

Eine weitere Folge aus dieser verfehlten Einstellungspraxis war ebenso vorhersehbar: Unser inzwischen Ex-Finanzminister trat auf den Plan und forderte vom Bildungsminister, Vollzeitäquivalente und Geld zurückzugeben, wenn er nicht in der Lage ist, seine Stellen zu besetzen. Als ob es nicht schon schlimm genug wäre, dass die Schulbehörden an dieser Aufgabe scheitern. Aber der Ex-Finanzminister wollte den Schulen diese Erweiterung des Personalbestandes ja auch nie zugestehen. Sie ist ihm erst durch die Volksinitiative abgepresst worden. Nun sah er die willkommene Gelegenheit, gleich alles wieder einzukassieren. Ich warne davor, das Bündnis „Den Mangel beenden - unseren Kindern Zukunft geben!“ so leichtfertig zu hintergehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir verlangen vom neuen Finanzminister unmissverständlich, dass das Geld beim Bildungsministerium verbleibt. Wir verlangen auch, dass der Bildungsminister endlich die Tore der Schulen weit genug öffnet, damit alle Bewerber mit einer Lehrerqualifikation zum Einsatz kommen. Sollten dann noch immer Personalmittel nicht vollständig in Lehrereinstellungen investiert werden können, dann ergibt sich hieraus durchaus ein Topf, aus dem unter anderem mehr Schulsozialarbeit in den Schulen finanziert werden kann; denn es müssen

schlichtweg genügend Pädagogen in die Schulen gebracht werden, die die Gewähr dafür bieten, dass die Schulpflicht auch mit schulischen Angeboten ausgefüllt wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Statt sich diesen Herausforderungen endlich konsequent zu stellen, werden die Fehler der Vergangenheit durch immer neue Fehler weiter verstärkt. Denn weiterhin werden die schon mehrfach gefassten Beschlüsse des Hohen Hauses nach einer deutlichen Flexibilisierung der Ausschreibungen durch die Schulbehörden ignoriert. Geradezu dramatisch verläuft die Auseinandersetzung um die weitere Erhöhung der Zahl der Studienplätze im Lehramtsstudium, und zwar an den beiden Universitäten.

In vielen der entscheidenden Fächer - in allen Kernfächern, aber auch in den Naturwissenschaften - wird nach wie vor nur etwa die Hälfte der Studenten immatrikuliert, die die Expertenkommission als Bedarf ermittelt hat. Wir stehen wirklich fassungslos vor diesem unverantwortlichen Handeln dieser Landesregierung. Es ist ein Versagen auf ganzer Linie.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann noch das unbesetzte und seit mehr als zwei Jahren praktisch führungslose Landesschulamt als zentrale Umsetzungsbehörde. Ich fordere den Ministerpräsidenten - auch wenn er heute nicht anwesend ist - von hier aus auf, nach dem Urteil des Landesverwaltungsgerichts diesen Zustand und das unwürdige Theater um die rechtswidrige Entfernung von Schulamtsdirektor K. aus seinem Amt so schnell wie möglich zu beenden.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Landesschulamt muss spätestens zum Schuljahresbeginn wieder vollständig arbeitsfähig sein, und zwar mit einem Behördenleiter K., der sich in seiner bisherigen Tätigkeit große Anerkennung erworben hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Um dem ganzen Missmanagement dieser Landesregierung noch die Krone aufzusetzen, sollen jetzt offenbar in einer Nacht- und Nebelaktion die alten Pläne von Ex-Finanzminister Bullerjahn zur Erhöhung der Lehrerarbeitszeit wieder aus der Schublade geholt werden. Was für eine absurde und was für eine hilflose Idee!

(Beifall bei der LINKEN)

Der Minister und die Obleute aus dem Bildungsausschuss waren am Mittwochnachmittag bei der GEW-Kundgebung mit mehr als 1 000 empörten Lehrerinnen und Lehrern auf dem Domplatz. Ich kann nur wiederholen, was dort deutlich ausgesprochen wurde: Hände weg von der Arbeitszeit

unserer Lehrkräfte! Wer sich daran vergreift, verbrennt sich die Finger.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt dabei nichts zu gewinnen, es wird nur Verlierer geben; denn die Stunden, die man hofft, kurzzeitig zur Verbesserung der Unterrichtsversorgung zu gewinnen, werden nicht bei den Schülerinnen und Schülern ankommen. Sie bleiben bei den Kolleginnen und Kollegen durch noch mehr vorzeitige Renteneintritte, durch noch mehr Langzeiterkrankungen oder durch noch mehr individuelle Teilzeit. Das, was von einer solchen Maßnahme übrigbleibt, sind Tausende frustrierte und belastete Lehrkräfte vor den Klassen. Es sind die Kolleginnen und Kollegen, die 35 und mehr Dienstjahre hinter sich und alle massiven Umbrüche seit der Wende gemeistert haben. Es ist instinktlos und rücksichtslos, gerade diesen Kolleginnen und Kollegen jetzt die Altersermäßigungen streichen zu wollen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern das Parlament auf, der Landesregierung in den Arm zu fallen und nicht zuzulassen, dass diese zweieinhalbtausend Lehrkräfte jetzt für die politischen Fehler der Vergangenheit und der Gegenwart und den dadurch verschuldeten Lehrermangel zur Kasse gebeten werden.

Wir fordern unseren neuen Finanzminister auf, diese Pläne aufzugeben und darüber nicht weiter mit dem Bildungsminister zu verhandeln. Unsere Lehrkräfte brauchen heute von dieser Stelle aus ein Signal, dass die Streichung der Altersermäßigungen und der Entlastungsstunden für die Arbeit in der gymnasialen Oberstufe vom Tisch ist und sie in Ruhe in die wohlverdienten Ferien gehen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich hoffe, dass sich die Landesregierung dazu gleich erklären wird. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Lippmann. Es gibt keine Fragen. - Bevor wir in die Dreiminutendebatte eintreten, wird Minister Tullner für die Landesregierung sprechen. Sie haben das Wort.

Marco Tullner (Minister für Bildung):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein lieber Herr Lippmann, ich habe Ihnen wie immer sehr aufmerksam zugehört. Ich muss sagen, man kann in vielen Beschreibungen von Indizien hier und da sicher unterschiedliche Nuancen betonen. Aber im Kern der Problembeschreibung sind wir gar nicht so weit auseinander.

Was ich allerdings überhaupt nicht nachvollziehen kann, ist die Tatsache, dass Sie ein bisschen ein Bild beschreiben - zumindest habe ich es so verstanden -, das lautet: Wenn eine unfähige Bürokratie und eine mäßig begabte Landesregierung das machen würden, was auf der Hand liegt, gäbe es das Problem des Lehrermangels nicht. Da muss ich Ihnen sagen, wenn ich einen Blick nach Mecklenburg-Vorpommern, nach Brandenburg, nach Berlin, nach Thüringen, nach Sachsen und auch in andere Bundesländer werfe, dann wissen wir doch alle miteinander, dass wir in allen Ländern - im Osten sowieso, aber auch partiell in den westlichen Bundesländern - im Moment mit dem Problem des Lehrermangels - jetzt einmal sehr plastisch umschrieben - zu tun haben.

Es geht ein wenig an der Sache vorbei, wenn Sie jetzt ein Bild wie dieses zeichnen: Wenn ein Schulamt besser geführt werden würde, wenn wir die Tore weit aufmachen würden - so haben Sie gesagt -, dann würde sich das Problem quasi von selbst lösen und irgendwoher würden die Lehrer kommen. - Liebe Leute, so ist es doch nun wirklich nicht. Die Politik - das wissen wir alle, das haben wir auch schon mehrmals gesagt - hat in den letzten Jahren einen harten Sparkurs gefahren. Er war aus damaliger Sicht sicher notwendig, aber er hat jetzt Folgen. Diese Folgen sehen wir heute: Wir sind in Zeiten des Lehrermangels angekommen.

(Zuruf von Hendrik Lange, DIE LINKE)

- Darf ich bitte erst zu Ende reden, Kollege Lange? Sie können sicher nachher noch eine Frage stellen, die ich dann auch gern beantworte.

Deshalb hat die Landesregierung seit 2016 eine ganze Menge gemacht. Sie hat auf der einen Seite angefangen, die Ausbildungskapazitäten zu erhöhen. Aber wenn es in dieser jungen Generation nur noch ein mäßiges Interesse für Mint-Fächer gibt, kann man sie doch nicht zwangsverpflichten. Deshalb müssen wir gemeinsam mit den Hochschulen und dem Wissenschaftsministerium für attraktive Rahmenbedingungen, auch für Werbemaßnahmen und was wir uns immer einfallen lassen, sorgen, damit mehr Studienanfänger in diese Bereiche gehen.

Die Kapazitäten sind hochgefahren worden. Wir haben im Bereich der Einstellungspraxis doch nun wirklich eine ganze Menge gemacht. Das fängt beim Onlineverfahren an. Nun lasse ich mir gern vorschreiben, dass die größte Ausschreibung dieses Landes - - Aber es war mit Sicherheit auch eine der größten Einstellungswellen, die wir gemacht haben. 500 junge Lehrerinnen und Lehrer haben wir eingestellt. Das könnte man gelegentlich auch als einen Erfolg bezeichnen.

Auf der anderen Seite sind wir damit natürlich nicht zufrieden. Deshalb haben wir jetzt eine

Nachauschreibung laufen. Die nächste Ausschreibung geht nächste Woche, glaube ich, heraus. Das heißt, wir sind faktisch in einer Dauerausschreibung. Das ist das, was hier auch immer eingefordert wurde. Wir werden in diesem Jahr wieder ungefähr 1 000 Lehrer einstellen. Trotzdem weiß ich, dass sich diese Dinge aufgrund aller biografischen Perspektiven, Elternzeit, Mutterschutz bis hin zu anderen Dingen, weiterentwickeln, dass eine Netto- und Bruttobetachtung am Ende immer dazu führt, dass die Zahlen nicht so ansteigen. Das ist eine Tatsache, mit der wir uns auseinandersetzen wollen.

Deshalb sind wir auf die Idee gekommen - nicht weil ich mich hier als Sauron von Mordor darstellen will, um einmal den „Herrn der Ringe“ zu zitieren -, dass wir schauen müssen, wie wir Anreize setzen können, dass die Kollegen mehr arbeiten und das auch vergütet bekommen. Das haben wir gemacht. Da wurde mir - vielleicht nicht ganz zu Unrecht - vorgehalten, dass die Stundensätze nicht attraktiv waren. Deshalb verhandeln wir gerade mit dem Finanzministerium über die Erhöhung dieser Sätze.

Wenn solche Verhandlungen entstehen, gibt es immer Forderungen auf der einen Seite und Forderungen auf der anderen. Wenn einmal irgendeiner etwas gehört hat und irgendwelche Zwischenstände in die Welt setzt, führt das zu Verunsicherungen. Das haben wir vorgestern erlebt. Das war ja auch eine sehr kraftvolle Meinungsbekundung. Trotzdem sind wir gehalten, nicht um Lehrer zu quälen, sondern um die Unterrichtsversorgung zu stabilisieren, um unseren Kindern die bestmögliche Bildung auch unter schwierigen Rahmenbedingungen zu organisieren, dass wir gemeinsam Anstrengungen unternehmen.

Deshalb: Es ist nichts entschieden. Wir verhandeln gerade. Am Ende ist das, was von der GEW übrigens seit einiger Zeit immer wieder als Vorschlag eingebracht wird, nämlich über Arbeitszeitkontenmodelle zu reden, genau das Ziel. Wir wollen ein Format entwickeln, in dem wir faktisch gesehen Modelle entwickeln, in denen Arbeitszeitkonten anwachsen können. Aber das muss gerechnet werden, es müssen rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden usw. usf.

Ich finde, wir sollten hier nicht über ungelegte Eier oder über Zwischenstände reden, sondern wir machen in Ruhe und Bedachtsamkeit die Verhandlungen, ohne uns zu viel Zeit zu lassen. Wenn es Ergebnisse gibt - das habe ich der GEW, den Gewerkschaften und den Kollegen versprochen -, werden wir diese mit der Volksinitiative und allen anderen in Ruhe bereden, damit wir am Ende in diesem Lande einen Konsens haben.

Zwischen den Herausforderungen, auf der einen Seite die Unterrichtsversorgung zu stabilisieren

und vielleicht auch zu verbessern, und auf der anderen Seite die Kollegen, die in den letzten Jahren im System genug erlebt haben - da bin ich völlig bei Ihnen -, nicht über Gebühr zu belasten, müssen wir in diesen schwierigen Zeiten einen Kompromiss finden. Das werden wir auch angehen.

Jetzt bin ich schon lange über die Zeit. Deshalb will ich nur sagen: Auch bei Seiteneinsteigerqualifizierungen haben wir eine ganze Menge gemacht. Wir machen berufsbegleitende Angebote. Das will ich Ihnen jetzt alles gar nicht erzählen.

Aber eines will ich doch noch sagen: Die Entlastung von Lehrkräften ist auch ein Punkt von Ihnen. Ich bin sehr gespannt und ein klein wenig stolz, dass es uns gelungen ist, den Modellversuch Schulverwaltungsassistenten zum Tragen zu bringen. Hiermit wollen wir noch einmal explizit in den Schulen mit einer neuen Personalkategorie, mit neuen Kolleginnen und Kollegen, versuchen, Lehrerinnen und Lehrer, Schulleiter an Stellen zu entlasten, an denen es vielleicht möglich ist. Ich hoffe, die Wertschätzung, die Sie diesen Projekten entgegenbringen, ist genauso hoch wie die meinige.

Jetzt bin ich fertig mit meinem Redebeitrag und freue mich auf die Frage von Herrn Lange. - Vielen Dank.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Minister. Ich will nur darauf hinweisen - Sie haben sich sicherlich vertan -: Das ist eine Dreiminutendebatte gewesen und keine Sechsminutendebatte.

Marco Tullner (Minister für Bildung):

Oh, tut mir leid.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Aber ich denke, das ist dem geschuldet, dass es wirklich ein wichtiges Thema ist. Insofern ist das sicherlich zu verstehen. Dennoch - ich weiß, dass ich Sie nicht unterbrechen darf - möchte ich darum bitten, dass sich auch die Landesregierung an die verabredeten Zeiten hält. - Ich sehe keine Wortmeldungen; damit hätten Sie Ihre Redezeit noch ein wenig verlängern können.

Marco Tullner (Minister für Bildung):

Entschuldigen Sie.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Wir treten nunmehr in die Dreiminutendebatte der Fraktionen ein. Als erste Debattenrednerin spricht für die SPD-Fraktion Frau Prof. Dr. Kolb-Janssen. Sie haben das Wort.

Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, wir sind im Moment, was die Unterrichtsversorgung an den Schulen betrifft, in einer schwierigen Situation, und ja, das ist eine Folge des Sparkurses, und ja, es sind in den letzten Jahren einige Maßnahmen eingeleitet worden, um dem entgegenzusteuern. Aber es muss doch gerechtfertigt sein, an dieser Stelle auch einmal zu fragen, ob diese Maßnahmen erfolgreich waren und ob diese Maßnahmen ausreichend sind, damit das Ziel, eine Unterrichtsversorgung von 103 % - das haben wir uns gemeinsam im Koalitionsvertrag versprochen - zu erreichen, auch nur annähernd umgesetzt werden kann.

Wenn man sich die tatsächlichen Zahlen anschaut, stellt man fest, dass die Unterrichtsversorgung von Jahr zu Jahr schlechter wird. Und das macht mir, ehrlich gesagt, riesige Sorgen, was die Zukunft unseres Landes betrifft; denn es geht hierbei um die Bildung unserer Kinder.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ja, im Hinblick auf die Einstellungen wurde einiges getan. Aber es sind Dinge, die wir hier im Landtag beschlossen haben, nach wie vor nicht umgesetzt worden. Wir haben als Plenum beschlossen, dass die Referendare, die hier im Land ausgebildet werden, eine Einstellungszusage schon während ihres Referendariats bekommen. Warum? - Als klares Signal, dass Sie hier gebraucht werden, dass wir ihnen eine Chance an den Schulen geben wollen.

Wenn man sich die Zahlen anschaut, stellt man fest, dass nicht einmal die Hälfte der ausgebildeten Referendarinnen und Referendare an unseren Schulen tatsächlich eine Stelle bekommt. Ich finde, hier müssen wir wirklich um jeden kämpfen, weil viele von denjenigen, die in andere Bundesländer gehen, weil sie dort auch händeringend gesucht werden, lieber hier in Sachsen-Anhalt im Schuldienst angefangen hätten.

Das ist ein Angebot an den Minister. Meine Fraktion hat Vorschläge für die Professionalisierung des Einstellungsmanagements für Lehrkräfte gemacht. Lassen Sie uns gemeinsam neue Wege gehen. Lassen Sie uns gemeinsam genau die Stellschrauben suchen, damit es uns gelingt, noch mehr Lehrerinnen und Lehrer einzustellen. Bewerberinnen und Bewerber gibt es noch, und es muss um jeden einzelnen Bewerber gekämpft werden.

(Zustimmung bei der SPD)

Sie haben selbst das Thema Seiten- und Quereinsteiger angesprochen. Ja, auch diesbezüglich schauen wir in andere Bundesländer und stellen fest, Sachsen-Anhalt hat im Vergleich zu den anderen Bundesländern die geringste Zahl von Seiten- und Quereinsteigern. Auch da müssen wir

schauen, woran das liegt. Wir brauchen - auch das zeigen die praktischen Erfahrungen in den Schulen - ein Unterstützungssystem für die Kolleginnen und Kollegen, die als Seiteneinsteiger an die Schulen kommen, aber auch für die Kollegen vor Ort, die die Kollegen an die Hand nehmen und auf diesem Weg in die Schule begleiten müssen.

(Beifall bei der LINKEN und bei den GRÜNEN)

Wie gesagt, meine Fraktion hat ein Konzept mit neuen Vorschlägen entwickelt. Wir würden gemeinsam mit Ihnen daran arbeiten, dass wir das verbessern können, damit vielleicht die Aussichten, die im Moment schwierig sind, für das neue Schuljahr etwas besser werden.

Lassen Sie mich abschließend noch einen Satz zum Thema Arbeitszeitkonten sagen. Meine Fraktion hat dazu eine ganz klare Haltung: Hände weg von der Arbeitszeit der Lehrerinnen und Lehrer!

(Beifall bei der SPD)

Dazu hätte ich mir heute auch eine ganz klare Aussage des Ministers gewünscht. Das ist eine Maßnahme, die zu dem gegenteiligen Effekt führt, den wir uns vorstellen. Es wird nicht dazu führen, dass an den Schulen mehr unterrichtet wird, sondern wir werden mehr Kolleginnen und Kollegen aus dem System verlieren. Deshalb lassen Sie uns über Maßnahmen nachdenken, die tatsächlich funktionieren. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Abgeordnete. Ich sehe auch hierzu keine Wortmeldungen. - Der nächste Debattenredner wird von der AfD-Fraktion Herr Abg. Jan Wenzel Schmidt sein. Bitte.

Jan Wenzel Schmidt (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Als ich zur Schule ging, machte ein bekannter Witz die Runde, den Sie bestimmt aus Ihrer eigenen Schulzeit kennen: Lehrer haben vormittags recht und nachmittags frei.

Dass es in der Realität mit dem Lehrerberuf nicht ganz einfach ist, wissen wir. Nach dem Unterricht gilt es zum Beispiel, Stunden vor- und nachzubereiten und Klausuren zu korrigieren. Gerade in den ersten Berufsjahren sitzen junge Lehrer oft bis in die Abendstunden vor dem heimischen Schreibtisch. Zeit für Hobbys und Familie - Fehlanzeige. Hinzu kommen lästige Verwaltungsaufgaben, die man zum Beispiel der Kleinen Anfrage meines Kollegen Tillschneider entnehmen kann, die im April 2018 durch die Landesregierung beantwortet wurde.

Mit ihrem Antrag greifen die LINKEN insofern ein Anliegen auf, das uns als AfD-Fraktion ebenfalls am Herzen liegt und das an sich gar nicht verkehrt ist. Der akute Lehrermangel, der unser Land noch immer fest im Griff hat, hängt nämlich nicht zuletzt stark mit der gesunkenen Attraktivität des Lehrerberufs zusammen. Wenn wir den Mangel wirksam bekämpfen wollen, müssen wir dazu bereit sein, die Lehrer unseres Landes von unnötigen Aufgaben zu entlasten.

Die LINKEN schlagen nun eine ganze Reihe von Maßnahmen vor, durch die genau das erreicht werden soll. Nach ihrem Willen soll es keine weiteren Nachteile bei den Arbeitszeiten geben. Die Ausschreibungspraxis soll verbessert werden, sogenannte Schulasistenten sollen Lehrer von Verwaltungsaufgaben entlasten, und auch die Qualifizierung von Seiteneinsteigern gehört auf den Prüfstand. All das sind Punkte, über die man im Einzelnen diskutieren kann und die möglicherweise zu einer tatsächlichen Verbesserung der Situation führen.

Wenn wir uns allerdings ernsthaft damit beschäftigen wollen, was man sonst tun könnte, müssen wir uns darüber klar werden, warum es überhaupt immer weniger junge Leute gibt, die gern Lehrer werden wollen. Im Grunde beginnen die Schikanen bereits in der Ausbildung. Im Studium und im Vorbereitungsdienst müssen sich Referendare mit allen möglichen Themen beschäftigen, die man gut und gerne streichen könnte - den politischen Willen vorausgesetzt.

Im ausbildungsdidaktischen Konzept für den Vorbereitungsdienst des Landes Sachsen-Anhalt finden sich zum Beispiel Veranstaltungen wie Seminare zur integrativen Förderung im gemeinsamen Unterricht oder sogenannte mediendidaktische Tage, Veranstaltungen also, die nicht aufgrund pädagogischer, sondern aufgrund politischer Entscheidungen nötig sind. Der Lehrer soll dabei nicht mehr als pädagogische Autorität auftreten, sondern als Lernbegleiter, der die Schüler täglich aufs Neue motiviert. Spätestens freitags hat der Lehrer dann gar nichts mehr zu melden, wenn sich seine Schüler während der Unterrichtszeit auf Klimademos herumtreiben.

Wenn sich der Lehrer erst im Dienst des Landes befindet, muss er zudem ideologischen Vorgaben gerecht werden, welche die Politik für die Schulen bestimmt hat. Ich denke dabei nicht nur an die Inklusion von Kindern mit Förderbedarf, sondern an die Nivellierung des Schulwesens im Allgemeinen. Wenn man aktuellen Konzepten der Landesregierung, etwa zum Thema Schulsozialarbeit, folgt, sollen Klassen heutzutage vor allem leistungsdifferenziert sein. Der Lehrer steht also einer Klasse mit völlig verschiedenen Leistungsniveaus gegenüber, die er unter einen Hut bringen muss.

Diese Leistungsdifferenz ist am Ende sogar noch politisch von den regierenden Parteien gewollt.

Ich sage Ihnen eines: Wir wollen das nicht. Wir erklären uns bereit, den Antrag in den Ausschuss zu überweisen. Da dürfen die LINKEN dann gerne zeigen, wie weit sie zum Wohl unserer Lehrer zu gehen bereit sind. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank. Auch hierzu sehe ich keine Wortmeldungen. - Wir kommen zum nächsten Debattenredner. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abg. Herr Aldag. Sie haben das Wort.

Wolfgang Aldag (GRÜNE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Meine Damen und Herren! Seit über drei Jahren, seit Beginn dieser Legislaturperiode, ist das Thema Lehrermangel im Landtag präsent, und seit über drei Jahren begleiten uns die entsprechenden Anträge in den Ausschüssen. Jetzt kann man unterschiedlicher Meinung sein, welches die Ursachen dafür sind, dass wir ständig die gleichlautenden oder ähnliche Anträge in den Ausschüssen haben. Das kann an einer übereifrigen Opposition liegen. Es kann aber auch daran liegen, dass wir als Koalition, die Landesregierung oder das zuständige Ministerium nicht genug tun, um den Lehrermangel zu beseitigen. Ich glaube, die Wahrheit liegt in der Mitte.

Mich ärgert die Situation im Moment maßlos, weil wir einerseits durchaus sehr viel unternehmen. Man muss jedoch immer wieder eingestehen, dass wir zwar viele Maßnahmen unternommen haben, dass aber eine deutliche Besserung an den Schulen eben nicht zu spüren ist.

Es scheint das Gegenteil der Fall zu sein. Es scheint so zu sein, dass es an den Schulen immer schlechter wird, dass die Bedingungen immer schlechter werden und dass die Belastungen für diejenigen, die dort unterrichten, immer höher werden. Wir haben vorgestern bei der Demo sehr stark spüren müssen, wie groß doch der Unmut aufseiten der Lehrerinnen und Lehrer ist.

Ich muss eingestehen, dass wir auf die prekäre Situation stets nur reagiert haben. Wir haben stets nur - so ist zumindest mein Eindruck - auf den Druck reagiert, der auch aus der Opposition kam. Wir haben selber selten proaktiv auf Änderungen hingewirkt. Ich muss deutlich sagen, das müssen wir ändern. Da müssen auch wir als bildungspolitische Sprecherinnen und Sprecher in der Koalition stärkeren Druck ausüben; denn die Forderungen im Antrag sind nicht neu. Die gibt es, glaube ich, schon seit Beginn der Legislaturperiode.

de. Angesichts der gleichbleibenden Situation an den Schulen müssen wir uns die Frage stellen, ob die Situation an unseren Schulen nicht besser wäre, wenn wir diese Maßnahmen schon früher ergriffen hätten.

Deshalb ist es, glaube ich, gut, dass wir diesen Antrag in den zuständigen Ausschuss überweisen und dort noch einmal in uns gehen und sehr intensiv miteinander diskutieren, wie wir bei diesem Thema endlich nach vorne kommen. - Vielen Dank.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Aldag. Auch hierzu sehe ich keine Wortmeldungen. - Die nächste Debatte rednerin ist für die CDU-Fraktion die Abg. Frau Gorr. Sie haben jetzt das Wort.

Angela Gorr (CDU):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Fraktion DIE LINKE hat zum wiederholten Mal das Thema Lehrermangel zum Gegenstand eines Antrags in diesem Hause gemacht. Als Opposition ist das natürlich ihr gutes Recht. Ich möchte allerdings gleich bemerken: Durch ständiges Wiederholen kreierte man noch keine Lösungen.

Die Landesregierung hat mit Unterstützung der Koalitionsfraktionen in den zurückliegenden zwei Jahren den ernsthaften Versuch unternommen, dem Lehrermangel durch eine deutlich erhöhte Zahl von ausgeschriebenen Stellen in allen Schulformen zu begegnen. Wir sind nur leider absehbar an einem Punkt angelangt, an dem uns auch die größten Kapazitätsaufwüchse an unseren Universitäten und staatlichen Seminaren für Lehrämter zum jetzigen Zeitpunkt nicht die Garantie liefern können, genügend Bewerberinnen und Bewerber für unsere Schulen in Sachsen-Anhalt zu gewinnen. Das ist nicht schön, aber es ist so.

Diese Feststellung gilt gerade vor dem Hintergrund der jüngsten Ausschreibungsrunden durch das Ministerium für Bildung. Wir müssen schlicht und einfach konstatieren, dass es derzeit - und nicht nur bei uns, der Minister bemerkte es - nicht mehr genügend ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer gibt, die nach ihrer Ausbildung zur Stellenbesetzung in unserem Land infrage kommen.

(Zustimmung bei der CDU)

An der Stelle möchte ich die Bemerkung machen, dass Sachsen-Anhalt aus meiner Sicht unter anderem auch deshalb relativ wenig Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger hat, weil wir gerade diesen Prozess in Gang gesetzt haben, aber auch, weil wir im Gegensatz zu anderen östlichen Bundesländern immer noch sehr viele ausgebilde-

te Lehrerinnen und Lehrer in unserem Land haben.

Ich möchte festhalten, dass die Landesregierung, besonders in Person des Bildungsministers, alles ihr Mögliche unternommen hat, um dem Mangel entgegenzutreten und um die Unterrichtsversorgung annähernd bei 100 % oder darüber zu sichern. Leider sind wir von dem zugesagten 103-Prozentsatz wieder ein Stück weit entfernt.

Maßnahmen wie eine Erhöhung der Arbeitszeit können nur das wirklich allerletzte Mittel sein, um dieses Ziel zu erreichen. Es ist aber absehbar, dass es im kommenden Schuljahr sehr schwierig sein wird, das für die Unterrichtsversorgung gesteckte Ziel zu erreichen. Wir müssen leider eher davon ausgehen, dass die Unterrichtsversorgung sinken wird.

Unter dieser Voraussetzung ist es wichtig, gemeinsam mit den Gewerkschaften und den Lehrerverbänden den Schulterschluss zu suchen und für ein Miteinander und nicht für ein Gegeneinander einzutreten. Das halte ich für außerordentlich wichtig. Es klang in der Rede des Ministers schon an, dass man über Arbeitszeitkonten nachdenkt. Vielleicht wäre das eine Möglichkeit.

Einige Ansätze im Antrag der Fraktion DIE LINKE, zum Beispiel zur Ausschreibungspraxis oder zum Modellversuch für Schülertexten und Schülertexten, sind unter fachlichen Gesichtspunkten zu diskutieren. Deshalb bitte ich um Überweisung des Antrags in den Ausschuss für Bildung und Kultur. - Vielen Dank.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Abg. Gorr. Auch hierzu sehe ich keine Wortmeldungen. - Herr Lippmann hat zum Schluss der Debatte noch einmal das Wort. Sie haben das Wort. Bitte.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Präsidentin. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf hier noch einmal versichern, dass ich mir diese ständigen Wiederholungen nicht aussuche, sondern mir aufgrund der Entwicklung schlicht nichts anderes übrig bleibt.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir können doch nicht schweigend wegsehen, wenn die Entwicklung weiter den Bach hinuntergeht. Wir wissen natürlich um die Dimension der Probleme, und wir wissen auch, woher sie kommen. Wir wissen auch, dass das, was wir als Lösungen vorschlagen, nicht sofort alle Probleme löst. Denn die ganze Zeit über liegen ja Lösungsvorschläge auf dem Tisch. Wir legen nicht nur den Finger in die Wunde, sondern wir sagen auch, wie es geht. Wir glauben dennoch nicht, dass sich da-

durch alle Probleme von allein lösen. Das ist doch eine billige Retourpolemik.

Wir sind aber überzeugt davon, dass die Lücke kleiner werden würde, wenn unseren Lösungsvorschlägen gefolgt worden wäre, und zwar schon seit zwei, drei Jahren. Auf dem von Ihnen eingeschlagenen Weg wird sie jedoch größer. Sie werden im nächsten Schuljahr zum Ende der Legislaturperiode eine Unterrichtsversorgung von 93 % erreichen und nicht das Ziel von 103 %, wenn wir nicht endlich irgendwie umkehren.

Ich will einmal mehr Folgendem entgegentreten. Es ist nicht der Bewerbermangel in der ersten Phase im Studium, und es ist auch nicht die Attraktivität des Lehrerberufes, die hier an erster Stelle stehen, sondern es sind die fehlenden Kapazitäten.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe unmittelbar vor der Debatte in meinem E-Mail-Postfach wieder eine dieser Mails vorgefunden, die einen umtreiben, und zwar eine E-Mail vom Schulleiternratsvorsitzenden der Lessing-Grundschule in Salzwedel. Dort ist die Schulleiterstelle seit einem Jahr unbesetzt, und es ist klar, dass in diesem Sommer, also in wenigen Tagen, eine Kollegin ausscheiden wird. Man kennt eine Kollegin, die in Niedersachsen arbeitet, die nach Salzwedel kommen will und auch zum 30. Juni eine Freigabeerklärung hat. Das steht alles in dieser E-Mail. Die fängt natürlich nicht an. Warum? - Weil diese Stelle nicht ausgeschrieben ist, weil wir immer und immer wieder nur an diesen einzelnen Stellenausschreibungen hängen.

Alle paar Monate eine Ausschreibung zu machen ist nicht eine permanente Ausschreibung. Wenn auf dem Server steht, dass Initiativbewerbungen nicht möglich und nicht erwünscht sind, dass man sich auf diese Ausschreibungen konzentrieren soll, dann sage ich noch einmal: Macht das in drei Teufels Namen weiter, aber nur als eine Säule und macht eine zweite Säule, damit ihr zwischen durch andere Einstellungen vornehmen könnt.

(Beifall bei der LINKEN)

Solange immer noch Mails auf meinem Tisch liegen, nach denen Leute mit voller Lehrerausbildung, die hier arbeiten wollen - ich rede jetzt nicht über die Seiteneinsteiger -, einfach nicht ankommen, weil wir aufgrund unserer Ausschreibungssystematik nicht dazu in der Lage sind, werde ich weiter hier vorn stehen und das einfordern.

(Beifall bei der LINKEN)

Da ich noch etwas Redezeit habe - die ist ja verlängert -, würde ich diese gern an den Bildungsminister abgeben, weil ich doch die Hoffnung

hatte, dass er sagt, die Streichung der Altersermäßigungen ist vom Tisch. Sagt das den Leuten!

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Lippmann. Auch hierzu sehe ich keine Anfragen. - Doch, jetzt habe ich eine Frage. Herr Diederichs möchte eine Frage stellen. Wenn Sie bereit sind, zu antworten, dann bitte ich Sie noch einmal nach vorn.

Jens Diederichs (CDU):

Es ist nur eine Intervention.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Auch dafür können Sie nach vorn kommen.

Jens Diederichs (CDU):

Herr Lippmann, ich habe Ihnen genau zugehört, gerade zu dem Thema „länger arbeiten“. Wissen Sie, wenn ich das mit meinen Kollegen in den JVA vergleiche, die im Dreischichtsystem arbeiten müssen, die Frühschichten, Spätschichten, Nachtschichten machen, die jedes zweite Wochenende ihre Zwölfstundendienste schrubben müssen, die jeden Feiertag arbeiten,

(Zuruf von Swen Knöchel, DIE LINKE)

die sich die Ferien mit ihren Familien teilen müssen, die einen Haufen Überstunden vor sich herschieben und im Verdienst teilweise 500 bis 1 000 € netto weniger verdienen, dann, so muss ich sagen, jammern Sie hier auf einem sehr hohen Niveau.

(Beifall bei der CDU und bei der AfD - Zuruf von Hendrik Lange, DIE LINKE)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Lippmann, Sie können natürlich erwidern.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Herr Diederichs, ich antworte Ihnen jetzt einmal genauso polemisch, wie Sie es vorgetragen haben. Sollte die Streichung der Altersermäßigung, die keine soziale Geschichte war, sondern die einfach vernünftiges Arbeitgeberhandeln ist, nämlich um die Kolleginnen und Kollegen, die noch arbeiten können, auch am Arbeiten zu halten - - Wir hatten vor 20 Jahren 280 Kolleginnen und Kollegen über 60 Jahre. Jetzt haben wir 2 500. Das sind die, die das System tragen und die das System durchgezerrt haben

(Beifall bei der LINKEN)

und die das arbeiten können, was organisiert wird. Wenn das nicht vom Tisch kommt, wird es eine

weitere GEW-Demo geben, vielleicht mit 3 000 oder 4 000 Teilnehmern. Dann kommen Sie herunter und tragen das dort einmal vor.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Sehr geehrter Herr Lippmann, es gibt noch eine weitere Wortmeldung. Sind Sie noch einmal bereit? - Frau Abg. Gorr, bitte.

Angela Gorr (CDU):

Herr Lippmann, in Ihrem Antrag steht nichts von der Erhöhung der Ausbildungskapazitäten an den Universitäten. Sie haben es aber in Ihrer Rede erwähnt. Stimmen Sie mit mir überein, dass wir erstens dieses Thema in großer Ernsthaftigkeit im Bildungsausschuss diskutiert haben und auf meinen Wunsch hin sogar die Chefs der Universitäten zu dem Thema eingeladen worden sind? Und stimmen Sie mit mir überein, dass durch die Erhöhung der Ausbildungskapazitäten für das nächste Schuljahr nicht ein einziger Lehrer mehr im System ist?

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Herr Lippmann, bitte.

Thomas Lippmann (DIE LINKE):

Sehr geehrte Kollegin Gorr, selbstverständlich stimme ich Ihnen zu. Ich habe es ja selber initiiert, dass wir im Bildungsausschuss mehrfach und intensiv - ich darf daran erinnern, wer das initiiert hat - sowie mit großer Verzweiflung darüber diskutiert haben. Denn es ist bisher festzustellen, dass sich gegenüber der geringen Kapazitätserhöhung vom letzten Wintersemester, die eben dazu führt, dass in den Fächern, die ich erwähnt habe - ich habe ja die Vorlage gemacht -, nur etwa die Hälfte von dem immatrikuliert wird, was wir brauchen, dass es mit Blick auf das nächste Wintersemester kein Signal gibt, dass es diesbezüglich irgendwelche weiteren Schritte gibt, dass es keine Signale gibt, dass sich in Magdeburg etwas tun wird, weil es notwendig ist.

Wir werden also dabei bleiben, dass wir weiterhin sehenden Auges viel zu wenig ausbilden. Ja, das sind die zu wenigen Lehrkräfte, die nicht nächstes Jahr fehlen. Das sind die zu wenigen Lehrkräfte, die in zehn Jahren fehlen werden. In zehn Jahren werden deswegen hier immer noch Leute stehen, die dann mit dem Finger auf uns zeigen, darauf, was wir hier veranstaltet haben.

Deswegen gehören die Probleme zusammen. Wir müssen das für morgen klären, aber wir müssen eben auch die Ausbildung für übermorgen klären. Deswegen muss ich auch immer beides ansprechen.

(Beifall bei der LINKEN - Zuruf von Angela Gorr, CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Lippmann. Es gibt keine weiteren Fragen.

Somit steigen wir in das Abstimmungsverfahren zu der Drs. 7/4487 ein. Ich habe vernommen, dass dieser Antrag in den Ausschuss für Bildung und Kultur überwiesen werden soll. Wer diesem zustimmt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind offensichtlich fast alle Fraktionen. Gibt es Gegenstimmen? - Eine Gegenstimme. Gibt es Stimmenthaltungen? - Eine Stimmenthaltung von einem fraktionslosen Mitglied. Damit es korrekt ist, erwähne ich der Ordnung halber: Auch ein fraktionsloses Mitglied hat der Überweisung in den Ausschuss zugestimmt. Damit ist der Tagesordnungspunkt 2 erledigt.

Bevor wir in die Beratung zu Tagesordnungspunkt 3 einsteigen, habe ich die ehrenvolle Aufgabe, Damen und Herren des Bildungs- und Beratungsinstitutes Zeit recht herzlich bei uns hier im Hohen Hause zu begrüßen. Seien Sie herzlich willkommen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir kommen nunmehr zu dem

Tagesordnungspunkt 3

Erste Beratung

Beschluss umsetzen! Konzept zur künftigen Gestaltung von Förderschulen

Antrag Fraktion DIE LINKE - Drs. 7/4493

Einbringerin wird hierzu die Abg. Frau Hohmann sein. Sie haben das Wort, bitte.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Danke schön. - Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Aldag, ich kann Ihnen sagen, Sie waren schon einmal proaktiv und haben gewirkt, nämlich 2016. Deshalb kommt heute der Antrag von uns.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Zu spät!)

Es ist etwas merkwürdig und bestimmt auch einmalig, dass die Opposition, nämlich wir, einen Antrag stellt, damit der Beschluss zu einem Koalitionsantrag umgesetzt werden kann. Was meine ich damit konkret?

Am 29. September 2016 stellten die Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag. Danach sollte ein Konzept zur zukünftigen Gestaltung von Förderschulen - damals in der

Drs. 7/380 - erstellt werden. Ziel sollte es sein, dass die Landesregierung ein Konzept zur zukünftigen Gestaltung von Förderschulen erarbeitet. Dies war auch bereits im Koalitionsvertrag vereinbart worden.

Das Konzept sollte unter anderem die Frage nach der möglichen Zusammenlegung von Förderschwerpunkten an einem Standort klären. Weiterhin war beabsichtigt, in den Ausschüssen für Bildung und Kultur sowie für Arbeit, Soziales und Integration bis zum Ende des zweiten Quartals 2017 dieses Konzept vorzulegen und zu erörtern. Ebenfalls sollte, bis die Erarbeitung und Umsetzung abgeschlossen ist, die Schulentwicklungsplanung befristet ausgesetzt werden.

Nun müsste man annehmen, dass die Koalition ein großes Interesse daran hat, ihren eigenen Antrag zügig und gewissenhaft umzusetzen. Dies ist ja auch der Sinn eines Antrages. Doch wie Sie, meine Damen und Herren, am Datum des Antrages erkennen können, sind nunmehr fast drei Jahre vergangen.

Ich habe mir einmal die Mühe gemacht, aus den Unterlagen herauszusuchen, was in dieser Zeit mit Ihrem Beschluss aus dem Jahr 2016 passiert ist.

Erstmals berieten wir über diese Vorlage in der 14. Sitzung des Bildungsausschusses am 11. August 2017. Wir hatten damals eine Vorlage erhalten - es ging um ein Variantenmodell - und hatten festgestellt: Das Konzept soll dieses Modellvorhaben mit einschließen und es sollte vollendet werden.

Am 8. Juni 2018 haben wir im Bildungsausschuss mit der Mehrheit der Koalition diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abgesetzt.

In der 26. Sitzung des Sozialausschusses am 15. August 2018 fand eine Diskussion über die Vorlage mit dem Hinweis statt, dass die Zuarbeiten aus den Ausschüssen noch erfolgen sollten, um das Konzept rund zu machen.

In der 26. Sitzung des Bildungsausschusses am 14. September 2018 gab es eine Diskussion und die Anregung, ein Fachgespräch durchzuführen.

In der 29. Sitzung des Bildungsausschusses am 7. Dezember 2018 haben wir dann festgelegt und beschlossen, ein Fachgespräch durchzuführen.

In der 31. Sitzung des Bildungsausschusses am 8. Februar 2019 fand dieses Fachgespräch statt und es gab Übereinstimmung bei allen Fraktionen, dass wir bis zur nächsten Sitzung Änderungsempfehlungen zum Konzept erarbeiten.

In der 32. Sitzung des Bildungsausschusses am 22. März 2019 gab es wieder die Absetzung von der Tagesordnung und die Empfehlung, einen Än-

derungsvorschlag einzureichen - heute nur von der Fraktion DIE LINKE.

In der 33. Sitzung am 10. Mai 2019 wurde wieder darum gebeten, diesen Tagesordnungspunkt abzusetzen.

In der 34. Sitzung des Bildungsausschusses am 7. Juni 2019 war nach wie vor keine Zuarbeit der Koalition vorzufinden.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich finde das Agieren der Koalition zu ihrem eigenen Antrag unerträglich.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich sage Ihnen auch, warum. Die Landkreise und kreisfreien Städte wollen endlich Klarheit darüber haben, wie sie ihre Schulentwicklungsplanung gestalten können; denn seit 2016 ist diese für Förderschulen ausgesetzt.

Auch die Situation an den Förderschulen gerade im Bereich Lernbehinderung wird durch die Verzögerung des Konzepts natürlich nicht besser. Weniger Schülerinnen und Schüler bedeutet für Schulen weniger Lehrerstundenzuweisungen.

Ich möchte einmal zitieren, welche Auswirkungen das Förderschulkonzept hat:

„Eine geringe Schülerzahl bringt erhebliche Probleme in der Unterrichtsorganisation mit sich, da zur Sicherung des Fachunterrichts Lehrkräfte nur stundenweise an der Förderschule tätig werden, womit den Schülerinnen und Schülern feste Ansprechpartner verloren gehen. Das Unterrichtsangebot wäre ausschließlich im Pflichtstundenminimum und jahrgangsübergreifend zu organisieren. Zugleich wachsen die Anforderungen an die Binnendifferenzierung erheblich, und eine Förderung mit dem Ziel, einen gelingenden Übergang nach dem Besuch der Förderschule herzustellen, ist schwer möglich.“

So steht es in dem Konzept.

Ebenfalls im Stich gelassen werden auch Lehrerinnen und Lehrer, die Schülerinnen und Schüler im gemeinsamen Unterricht beschulen. Die Zuweisung von Stunden für Förderschullehrkräfte sinkt zunehmend.

Bei einem Besuch in einer Sekundarschule vor einigen Wochen musste ich erfahren, dass für 24 Schülerinnen und Schüler im gemeinsamen Unterricht gerade einmal sechs Förderstunden zur Verfügung standen. Das, meine Damen und Herren, ist nicht hinnehmbar.

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb ist es jetzt höchste Zeit, dass der Beschluss aus dem Jahr 2016 dringend umgesetzt

wird. Gute Vorschläge liegen bereits auf dem Tisch. Sie warten nur darauf, endlich realisiert zu werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Hohmann. Ich sehe keine Wortmeldungen. - Somit hat für die Landesregierung Herr Minister Tullner das Wort. - Er verzichtet, okay.

Dann steigen wir in die Dreiminutendebatte der Fraktionen ein. Die erste Debattenrednerin wird für die SPD-Fraktion Frau Prof. Dr. Kolb-Janssen sein.

(Prof. Dr. Angela Kolb-Janssen, SPD: Ich verzichte!)

- Sie verzichten. - Dann kommt der nächste Debattenredner an die Reihe. Für die AfD-Fraktion wird der Abg. Herr Spiegelberg sprechen.

(Marcus Spiegelberg, AfD: Ich verzichte!)

- Er verzichtet auch. - Dann haben wir den nächsten Debattenredner. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN spricht der Abg. Herr Aldag.

(Zuruf von Wolfgang Aldag, GRÜNE)

- Auch Verzichtserklärung. - Für die CDU-Fraktion wird die Abg. Frau Gorr sprechen. Sie haben das Wort, bitte.

Angela Gorr (CDU):

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der Fraktion DIE LINKE orientiert sich laut Protokoll der letzten Sitzung des Ausschusses für Bildung und Kultur daran, dass ich im Namen der Koalitionsfraktionen zugesagt habe, das Konzept am 16. August 2019 endgültig auf den Weg zu bringen.

Das Fachgespräch, das in der Rede von Frau Hohmann Erwähnung gefunden hat, hat zahlreiche inhaltliche Ansätze ergeben, die im Konzept Berücksichtigung finden sollen. Ich denke, darin sind wir uns einig. Dieses muss allerdings mit großer Sorgfalt angegangen werden, weil es auch große Konsequenzen nach sich zieht.

Aus unserer Sicht ist der Antrag sozusagen obsolet. Aber eine Überweisung in den Ausschuss für Bildung und Kultur ist unschädlich. Also bitte ich um Überweisung und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zustimmung bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Abg. Gorr. Auch hierzu gibt es keine Fragen. - Zum Schluss hat noch einmal

Frau Hohmann für die Fraktion DIE LINKE das Wort. Frau Hohmann, Sie haben das Wort.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich bin schon etwas konsterniert, wie Sie agieren, wie das Verhalten gerade der Koalitionsfraktionen ist, deren Antrag es doch eigentlich ist. Sie haben drei Jahre Zeit gehabt, d r e i J a h r e für ein Konzept.

Als Ausschussvorsitzende kann ich mich entsinnen, wie oft ich dieses Thema schon auf die Tagesordnung setzen wollte. Es hieß immer: Wir sind in der Endabstimmung, es wird noch usw.

Ich weiß auch noch ganz genau: Im letzten Jahr, vor der Sommerpause, hatten wir mit Staatssekretärin Frau Feußner ein Gespräch darüber gehabt und hatten gesagt, dass wir uns unbedingt auf den Weg machen und das Ganze noch vor der Sommerpause 2019 auf den Weg bringen müssen, damit in den Landkreisen die Schulentwicklungsplanungsverordnung gemacht werden kann. Sie lassen die Förderschulen einfach im Regen stehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wahrscheinlich resultiert daraus auch meine Motivation. Sie wissen selber, dass ich viele Jahre an einer Förderschule gearbeitet habe. Ich bin Förderschullehrerin. Ich weiß, was die Kolleginnen und Kollegen vor Ort auszustehen haben, weil wir hier nicht zu Potte kommen.

Es ärgert mich einfach, dass wir drei Jahre lang Zeit brauchen für einen Beschluss der Koalition - es ist ja Ihr Koalitionsvertrag; Sie haben es hineingeschrieben -, dass Sie nicht gewillt sind, dies auch umzusetzen, und jahrelang dafür brauchen. Das ist nicht hinnehmbar.

Herr Minister Tullner, dass Sie hier als Vertreter der Landesregierung nicht gesprochen haben, um uns darzulegen, wie Sie agieren wollen, zeigt mir auch, wie wenig Ihnen wahrscheinlich dieses Thema am Herzen liegt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Hohmann. Es gibt eine Wortmeldung. Möchten Sie die noch beantworten? - Frau Gorr, bitte.

Angela Gorr (CDU):

Es ist nicht direkt eine Frage, sondern mehr eine Intervention. - Ich habe ja gesagt, dass es hierbei um Sorgfalt geht und dass es relativ große Diskrepanzen zwischen dem Konzept und dem Ergebnis des Fachgespräches gab, die in jedem Fall erst einmal zusammenzubringen sind.

Ich kann nicht sehen, dass die Koalition das Thema Förderschulen für sich selbst nicht an oberste Stelle gesetzt hat. Allerdings ist der politische Prozess eben manchmal etwas schwierig. Sie als Opposition sehen das natürlich anders. Aber wenn Sie in der Regierung wären, könnten Sie das nachvollziehen.

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Hohmann, Sie dürfen natürlich darauf erwidern.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Eines kann ich Ihnen sagen: Wenn wir in der Regierung wären, wäre dieses Thema schon längst vom Tisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn Sie haben ja in Ihrer Koalitionsvereinbarung genau dieses Thema an erster Stelle, was die Priorität betrifft.

Ich habe mir im Vorfeld dieser Sitzung auch noch einmal das Plenarprotokoll über die Einbringung des Antrages durchgelesen. Frau Gorr, damals sprachen Sie davon, dass Ihnen das Thema sehr, sehr wichtig sei und Sie es deshalb sofort zu Beginn der Legislaturperiode anschieben wollten.

Aber wenn es dann so aussieht, dass ein Antrag zum Beginn der Legislaturperiode angeschoben wird und erst am Ende der Legislaturperiode beschlossen wird, dann, das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, sieht meine Priorität doch ein bisschen anders aus.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Frau Hohmann. Es gibt eine weitere Wortmeldung. - Herr Fraktionsvorsitzender Borgwardt.

Siegfried Borgwardt (CDU):

Ich glaube, es ist festzuhalten, dass wir uns seit längerer Zeit damit beschäftigen, Frau Hohmann. Es ist auch klar, dass dann, wenn neue Erkenntnisse vorliegen - - Das Fachgespräch - ich habe es mir auch erläutern lassen - hat einiges gebracht; Frau Gorr hat es ausgeführt. Das ist der eine Punkt. Wir sind also auf dem Weg. Dass man es hätte eher machen können, ist klar.

Ich habe mich wegen Ihres typisch süffisanten Hinweises zu Wort gemeldet, wenn Sie in der Regierung wären, dann wäre das Thema längst erledigt. Ich empfehle Ihnen einmal, sich danach zu erkundigen, wie das Förderschulkonzept dort aussieht, wo Sie in der Regierung sind. Es hat relativ wenig mit dem zu tun, was der Antrag der

Koalitionsfraktionen beinhaltet. Dies nur als Hinweis.

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Frau Hohmann, Sie dürfen auch hierauf erwidern.

Monika Hohmann (DIE LINKE):

Herr Borgwardt, wir haben in der letzten Legislaturperiode schon ein Förderschulkonzept vorgelegt. Wir haben auch in dieser Legislaturperiode ein Konzept vorgelegt.

Der Antrag, den Sie gestellt haben - jetzt werden wir einmal inhaltlich -, besagte eigentlich, Förderschwerpunkte zusammenzulegen, damit man die Förderschulen erhalten kann.

Dem Fachgespräch und auch den Gesprächen und Diskussionen, die wir geführt haben, war zu entnehmen, dass dieser Ansatz nicht zielführend ist, weil die Strukturen in den Landkreisen nicht so aussehen, dass man dort irgendetwas hätte machen können.

Aufgrund dieser Tatsache haben wir gesagt, dass an diesem Konzept noch gearbeitet werden sollte. Die Fraktionen waren aufgefordert worden, Änderungswünsche einzubringen. Denn das Konzept soll ja im Einvernehmen mit dem Landtag beschlossen werden. Insofern haben wir uns auf den Weg gemacht. Warum es bei Ihnen so lange dauert, weiß ich nicht. Das erschließt sich mir nicht. Denn so viele neue Erkenntnis gibt es nicht, dass es unbedingt noch Monate dauert, das zu analysieren.

(Siegfried Borgwardt, CDU: Wir unterhalten uns nachher einmal darüber!)

Insofern würde ich wirklich darum bitten, dass wir die Landkreise nicht im Regen stehen lassen, dass wir die Förderschulen nicht im Regen stehen lassen und dass wir die Lehrerinnen und Lehrer, die den gemeinsamen Unterricht vollziehen, auch nicht im Regen stehen lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Wir sind damit am Ende der Debatte und steigen in das Abstimmungsverfahren zu der Drs. 7/4493 ein. Auch hierzu habe ich vernommen, dass diese Drucksache in den Fachausschuss für Bildung und Kultur überwiesen werden soll. Wer dem seine Zustimmung gibt, den bitte ich um das Kartenzeichen. - Das sind die Koalitionsfraktionen und die Fraktion DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktion der AfD und ein fraktionsloses Mitglied. Wer enthält sich der Stimme? - Ein anderes fraktionsloses Mitglied ent-

hält sich der Stimme. Damit ist der Tagesordnungspunkt 3 erledigt.

Sehr geehrte Damen und Herren! Mir liegt ein Antrag auf eine **Erklärung außerhalb der Tagesordnung nach § 68 GO.LT** vor.

Der Abg. Herr Florian Philipp, der am 31. Juli 2019 aus dem Parlament ausscheiden wird, möchte eine kurze Erklärung abgeben. Sie haben jetzt die Möglichkeit dazu. Bitte, Herr Abg. Philipp.

Florian Philipp (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie wissen, dass ich, wie gerade gesagt, am 31. Juli 2019 aus diesem Parlament ausscheiden werde. Das ist demzufolge meine letzte Landtagssitzung gewesen.

Aus diesem Grund möchte ich die Gelegenheit nutzen, Ihnen zu danken für das Vertrauen, das Sie mir ausgesprochen haben bei meiner Wahl, sozusagen meiner Person, in den Senat des Landesrechnungshofes.

Ich möchte mich bei Ihnen auch bedanken für die intensiven Erfahrungen in den letzten drei Jahren.

Ich wünsche Ihnen allen weiterhin eine glückliche Hand bei der Ausübung Ihrer Mandate und möchte mich an dieser Stelle von Ihnen verabschieden. - Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Präsidentin Gabriele Brakebusch:

Vielen Dank, Herr Abg. Philipp. Ich kann Ihnen wohl mit Fug und Recht im Namen des Landtages alles Gute wünschen, immer eine glückliche Hand und auch einen guten, vernünftigen Umgang mit dem Landtag. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU - Zustimmung bei der AfD)

Eine Information möchte ich Ihnen noch mitgeben. Der Unterausschuss tagt heute im Raum B0 11 gleich im Anschluss an die Sitzung. Dies nur noch als Hinweis, damit Sie sich gleich nach der Sitzung dort einfinden.

Schlussbemerkungen

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind damit am Ende der 76. Sitzung des Landtages angelangt.

Ich berufe den Landtag zu seiner 37. Sitzungsperiode für den 29. und 30. August 2019 ein.

Ich wünsche Ihnen nach diesen zwei bzw. drei doch sehr turbulenten Tagen ein wunderschönes Wochenende. Ich wünsche Ihnen Erholung auch in der Sommerpause, damit wir hier im August wieder frisch eine vernünftige Tagung durchführen können. Alles Gute auch für die Sommerzeit! - Vielen Dank.

(Beifall im ganzen Hause)

Schluss der Sitzung: 10:52 Uhr.